OKTOBER 2008

blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN

61.(76.) JAHRGANG

STANDPUNKT
Beerdigung der Gemeinschaftsschule

TITEL
Demokratie an den Hochschulen

SCHULE
Knochenjob Stellvertreter

Bildung als Standortvorteil

KITA&HORT
Kita-Volksbegehren abgelehnt

HOCHSCHULE
Lehrbeauftragte wollen mehr Geld

TITEL: DIETER TONN

ÜBRIGENS

Gern hätten wir auf einen Streikherbst verzichtet. Aber dafür fehlt es an annehmbaren Angeboten von Seiten des Senats. Stattdessen werden Almosen nach Gutsherrenart geboten. Deswegen streiken wir weiter und berichten, bis sich der Senat eines Besseren besinnt.

Erinnern wollen wir mit dem Abdruck der Menschenrechte an deren Verabschiedung vor 60 Jahren. Dafür die Kopiervorlage, denn sicher gibt es nicht nur bei den Redaktionsmitgliedern Lücken über die Inhalte.

Was sich in der blz ändert nach unseren Beschlüssen auf der Klausur, wird mit der Januarausgabe augenfällig. Dann ist unser Relaunch hoffentlich fertig, alle Entscheidungen gefällt und ihr dürft uns loben und tadeln.

Sigrid

Redaktionsschluss blz 12/2008: 31.10.
Redaktionsschluss blz 1/2009: 28.11.

INHALT

3-5 Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion |

TITEL

6 Der Kampf »oben« gegen »unten« — Folker Schmidt
7 Demokratie an den Hochschulen — Traugott Klose
9 Schöne neue Welt von Governance — Johannes Nyc

SCHULE

10 Startschuss ins neue Schuljahr — Sigrid Baumgardt
11 Blumen für Senator Zöllner — E. Hansen/W. Harnischfeger
12 Ein arger Knochenjob — Lothar Semmel
13 Bildung ist auch ein Standortvorteil — Frank Bielka

KITA & HORT

15 Kita-Volksbegehren hatte Erfolg — Klaus Schroeder

SERVICE

16 Fenster auf und tief Luft holen — Manfred Triebe
17 Das lärmende Klassenzimmer — Tobias Kirchner
18 Erklärung der Menschenrechte — UNO
20 Die Stimme im Unterricht — Anne Feuker

GEWERKSCHAFT

21 ErzieherInnen bleiben — GEW-Bezirksleitung
22 Auf den Spuren der Anti-AKW-Bewegung — Joachim Dillinger

HOCHSCHULE

23 Es muss sich was bewegen — Linda Guzzetti
24 Stillstand nach Tarifflucht — Matthias Jähne
25 Das Jahr der Jubiläen — Claudia Wrobel

RECHT & TARIF

26 Kurzmeldungen — N.N.

BÜCHER

28 Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg — Ulrich van der Heyden
29 Jugend zwischen Islam und Islamismus — Klaus Will
29 Das Bildungsbuch — N.N.

GLOSSE

30 Olympische Nachwehen — Gabriele Frydrych

TENDENZEN

31 Denkmal Kindertransporte — Lisa Schäfer

SERVICE

32 Theater und Schule | Fortbildung | Materialien

IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:
Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordinierung und Schlussredaktion), Richardo Zeh, Andreas Kraft, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne.
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin,
Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:
GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 9 vom 1.7.2003

Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:
Henke Pressedruck, Plauener Str. 160, 13053 Berlin

ISSN 0944-3207 10/2008: 22.000

LEUTE

Hans-Wolfgang Nickel, einer der Väter der Theaterpädagogik als eigenständige Disziplin und unser ständiger Theaterkritiker, hat im August seinen 75. Geburtstag gefeiert. Wir gratulieren etwas verspätet, aber herzlich und wünschen uns noch viele, viele Kritiken.

Günther Fuchs ist seit 17 Jahren Vorsitzender der GEW Brandenburg. Seine lange Amtszeit und sein markantes Aussehen (beeindruckender Rauschebart und Halbglatze, dazu noch markante Augenbrauen) haben bei der Brandenburger GEW einen wahren Personenkult entfacht. In jeder Ausgabe der Zeitschrift des Landesverbandes wird sein Porträt mindestens zweimal präsentiert, auf der Homepage des Landesverbandes werden die erstaunten Besucher gar siebenmal von Fuchs begrüßt. Gibt es noch andere Funktionäre in der GEW Brandenburg?

Demet Siemund ist Berlins erste Schulleiterin türkischer Herkunft – und mit 36 Jahren wohl auch eine der jüngsten. Die fünf Jahre Berufserfahrung, die man laufbahnrechtlich als Schulleiterin benötigt, hat sie knapp hinter sich gebracht. Siemund leitet als Nachfolgerin von Christel Kottman-Mentz die deutsch-türkische Europaschule, Aziz-Nesin-Grundschule, in Kreuzberg. Nicht in einem Dorf in Anatolien, sondern in einem Dorf nahe Aschaffenburg sei sie aufgewachsen, teilte Siemund in einem Interview der *tageszeitung* mit.

Ludwig-Otto Roser hat zu Beginn der 80er Jahre durch seine Vorträge und Veröffentlichungen auf die Abschaffung der Sonderschulen in Italien aufmerksam gemacht und auch für Deutschland die Forderung »Kinder mit Behinderungen gehören in die normale Schule« aufgestellt. Zahlreiche LehrerInnen sind durch ihn angeregt worden, Schulen in Italien zu besuchen, Integration direkt zu erleben. Am 8. Juli 2008 ist Roser im Alter von 82 Jahren in Florenz gestorben.

Die Aldi-Brüder Karl und Theo hatten im Jahr 1991 zusammen ein Privatvermögen von etwa 4,08 Milliarden Euro. Bis zum Jahr 2007 ist dieses Vermögen laut Handelsbeilage extra 02/2007 auf 34,50 Milliarden Euro angestiegen. Das bedeutet, dass die Aldi-Brüder in den letzten 16 Jahren pro Tag um etwa 5,2 Millionen Euro reicher geworden sind.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Erstklassige Beerdigung der Gemeinschaftsschule

Dennoch geht Zöllner einen kleinen Schritt in die richtige Richtung

von Norbert Gundacker, stellvertretender Vorsitzender der GEW BERLIN

Hauptschulen haben mit einem Bündel an Problemen zu tun, das wissen wir nicht erst seit dem Brandbrief des Kollegiums der Rütli-Schule. Gleichzeitig entwickelten in den letzten Jahren aber etliche Schulen erfolgreiche Modelle, die auch für die übrigen Schultypen der Sekundarstufe wegweisend sein könnten.

In der Bundesrepublik zerfasert das überholte dreigliedrige Schulsystem: In der Mehrheit der Länder gibt es schon keine Hauptschule mehr oder deren Abschaffung ist mehr oder weniger beschlossene Sache. Im benachbarten Brandenburg wurde die Hauptschule nach der Wende erst gar nicht eingeführt und in den vier neuen Bundesländern bereitete die Demografie diesem Schultyp ein Ende. Die Schulen nennen sich dort jetzt Ober-, Mittel-, Regel- oder Sekundarschule und führen im günstigsten Fall zum mittleren Schulabschluss. Das Abitur dagegen wird nach wie vor am Gymnasium erworben.

Berlin zieht jetzt nach: In der zweiten Schulwoche ging Senator Zöllner mit seinen Vorschlägen zur qualitativen Weiterentwicklung der Schulstruktur an die Öffentlichkeit. Diese sehen vor, ab 2010 die Haupt- und Realschulen zu fusionieren und die Gymnasien zu erhalten. In einem zweiten Schritt sollen ab 2014 alle Schulen der Sek-I zu Regionalschulen zusammengeführt werden. Das Gymnasium bleibt erhalten.

Zöllners Ideen bedeuten für den eben erst begonnenen Schulversuch Gemeinschaftsschule eine Beerdigung erster Klasse. Von einer Schule für alle keine Rede, trotz anders lautender SPD-Beschlüsse. Dennoch sind die Vorstellungen des Senators zur Schaffung integrierter Haupt- und Realschulen ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Es versteht sich aber von selbst, dass solche Veränderungen nicht zum Nulltarif zu bekommen sind. Die Hauptschulen haben mehr Lehrerstellen als die Realschulen, damit kleinere Klassen eingerichtet oder Lehrkräfte im Unterricht doppelt gesteckt werden können. Konkret bedeutet dies, ab 2010 die integrierten Haupt- und Realschulen so mit Stellen auszustatten, dass die Klassen im Durchschnitt eine 18er Frequenz aufweisen. Nur dann ist die notwendige individuelle Förderung möglich.

Nach Rütli erhielten die Hauptschulen zusätzliches Personal zum Ausbau einer stärkeren Förderung leistungsschwacher SchülerInnen. Um diese anspruchsvolle Aufgabe zu erfüllen, ist es erforderlich, für die zukünftig fusionierten Schulen mehr Sozialarbeiter und Sozialpädagogen und zusätzliche Schulpsychologen einzustellen. Nur so sind die Lehrkräfte frei für den eigentlichen Unterricht. Vielen SchülerInnen aus Zuwandererfamilien fehlen in den Haupt- und Realschulen die Sprachkenntnisse, um dem Unterricht zu folgen. Ohne zusätzliche Integrationsmaßnahmen und Stellen für die Förderung dieser SchülerInnen führen die stärkeren Defizite der einen auch zu Beeinträchtigungen der anderen Jugendlichen. Die Einrichtung von Ganztagsschulen verlangt von den Schulträgern Investitionen in Cafeterias und Mensen. Die Bezirke müssen für die notwendige Finanzierung sorgen, damit nicht auf dem Rücken der Lehrkräfte die Aufgabe der notwendigen Essensversorgung an Schülerfirmen und Projekte vergeben wird.

Zöllners Vorstellungen werden allerdings auf wenig Gegenliebe an den meisten Realschulen stoßen. Sie wollen die HauptschülerInnen nicht, die sie ja zum Teil selbst an die Hauptschulen durchgereicht haben. Das Aussortieren von Kindern und das Sitzenbleiben müssen ein Ende haben. Dies kann nicht von oben verordnet werden. Hier hat der Senator Überzeugungsarbeit bei Eltern und in den Kollegien zu leisten.

Als Geburtsstunde der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland gilt die Einführung der D-Mark am 20. Juni 1948.

KARIKATUR: F. WOESSNER

Bewerbungsfristen für das Referendariat wieder normal

Die Senatsbildungsverwaltung hat die Anfang des Jahres überraschend vorgenommene Verkürzung der Bewerbungsfristen für das Referendariat im August 2009 zurück genommen. Jetzt gilt wieder der ursprüngliche Bewerbungstermin 31. März 2009. Das Zeugnis über die Erste Staatsprüfung darf bis zum 12. Mai nachgereicht werden. Damit können sich die Studierenden, die ihre Erste Staatsprüfung für Anfang 2009 geplant haben, noch für das Referendariat im August 2009 bewerben. Mit der um zwei Monate vorgezogenen Bewerbungsfrist wäre das erst ein Jahr später im Februar 2010 möglich gewesen. Rose-Marie Seggelke, Vorsitzende der GEW BERLIN:»Ich freue mich, dass wir es gemeinsam mit vielen betroffenen Studierenden und BewerberInnen für das Referendariat geschafft haben, dass die Fehlentscheidung aus dem Hause Zöllner korrigiert wird. Berlin muss alles tun, um angehende Lehrerinnen und Lehrer hier zu halten.«

Mehr Erziehungskompetenz für Migranten-Eltern

Unter dem Titel »Generationen im Gespräch« will ein Zusammenschluss von Neuköllner Projekten die Erziehungs- und Konfliktlösungskompetenz von Eltern mit Migrationshintergrund stärken. Dabei sollen auf unterschiedliche Weise sowohl Mütter als auch Väter über Gesprächskreise, Elternabende und andere Veranstaltungen von Schulen und Kitas angesprochen und über Erziehung und Bildung informiert werden – und zwar in ihrer Muttersprache. Kazim Erdogan, einer der Initiatoren des Projektes, erklärte dazu, dass es seiner Meinung nach besser sei, die Eltern mit ihrer Muttersprache zu erreichen als gar nicht. Nach Angaben von Erdogan werden in Migrantenfamilien zu Hause nicht mehr als 350 Wörter pro Woche gesprochen, was auch mit die Ursache für die falsche Erziehung sei.

Risiko erkennen mit dem Läuseatlas im Internet

Wie hoch das Läuserisiko im Wohnumfeld ist, kann man jetzt unter www.laeuseatlas.de erfahren. So sind in Pankow laut Läuseatlas 30 bis 50 Prozent aller Kinder gefährdet, in Schöneberg dagegen 50 bis 70 Prozent. Wer nach Frankfurt fährt, muss besonders aufpassen: Dort liegt das Kopfläuserisiko bei 90 Prozent. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 25 Prozent. Betreiber der Website ist ein Arzneimittelhersteller, der dazu beitragen will, dass das Problem in Kindergärten und Schulen rechtzeitig erkannt und bekämpft werden kann.

Nicht nur schlechter bezahlt, auch schlechter ausgebildet

Laut dem gerade erschienenen Ausbildungsreport 2008 der DGB-Jugend gibt es in den sogenannten Frauenberufen nicht nur weniger Geld, sondern auch eine miserablere Ausbildung. Am schlechtesten sind die Ausbildungsbedingungen in der Hotelbranche, wo der Frauenanteil bei 72 Prozent liegt. Fast ebenso schlecht sieht es in der Branche »weitere Dienstleistungen« aus, dort ist der Frauenanteil mit 94 Prozent noch höher. Gute Ausbildungsbedingungen gibt es dagegen in der Metall-, Elektro- und der IT-Branche, wo über 90 Prozent der Auszubildenden Männer sind. Für die Studie wurden bundesweit 4.725 Auszubildende befragt. Unzufrieden mit der fachlichen Qualität der Ausbildung im Betrieb waren 21,2 Prozent der Befragten, die fachliche Qualität der Berufsschule beurteilten sogar 31,5 Prozent als nicht zufriedenstellend. Die Studie kann kostenlos bestellt werden über die Homepage www.dgb-jugend.de

Mete-Ekşi-Preis 2008 ausgeschrieben

Noch bis zum 24. Oktober können Vorschläge und Bewerbungen für den Mete-Ekşi-Preis eingereicht werden. Gesucht werden Personen und Projekte, die Einsatz zeigen für das Ziel, in Berlin frei von Rassismus zusammenzuleben. Das Preisgeld beträgt 3.000 Euro. Die Preisträger werden feierlich gekürt am 15. November um 12 Uhr im DGB-Haus am Wittenbergplatz. Weiter Infos unter www.tevbb.de

Kinderschutzmaßnahmen in Berlin: Eltern oft überfordert

In Berlin sind im letzten Jahr insgesamt 1.315 Kinder und Jugendliche in eine Schutzmaßnahme gegeben worden. Davon waren 1.303 Inobhutnahmen und zwölf Herausnahmen, die gegen den erklärten Willen der Sorgeberechtigten durchgeführt wurden. 49 Prozent der Betroffenen waren Mädchen, 76 Prozent befanden sich im Alter zwischen zwölf und achtzehn Jahren. Etwa ein Viertel aller Inobhutnahmen sei auf eigenen Wunsch erfolgt, heißt es in der Mitteilung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg. Als Anlass für die Schutzmaßnahmen nannte die Behörde die Überforderung der Eltern, Beziehungsprobleme und Straftaten der Kinder. An vierter Stelle stehen Vernachlässigung und Anzeichen für Misshandlung. 1.228 der Kinder und Jugendlichen wurden in Einrichtungen untergebracht, 28 waren in einer betreuten Wohnform und 59 bei einer »geeigneten Person«. Im Anschluss an die Maßnahmen kehrten 419 zu ihren Sorgeberechtigten zurück.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

ETWAS BESSERES FINDEN WIR ÜBERALL

Wiederaufnahme der Streiks. Urabstimmung hat begonnen
Wir sind wieder da. Das Signal war nicht zu übersehen. Die Berliner Landesbeschäftigten lassen sich nicht mit Almosen abspeisen. Die einseitig getroffene Entscheidung des Berliner Senats, jeweils 300 Euro Einmalzahlungen in den Jahren 2008 und 2009 zu gewähren, hat die Mobilisierungsfähigkeit nicht berührt. Am 15. September 2008 kamen 3.000 Beschäftigte, darunter ein Drittel angestellte Lehrkräfte, zum Brandenburger Tor. Der Streiktag stand unter dem Motto »Etwas Besseres finden wir überall.« Damit sollte deutlich gemacht werden, dass der Senat mit seiner starren Haltung zum Abschluss eines Tarifvertrages und Übernahme der Abschlüsse von Potsdam kein »Sozialpartner« ist, wie er sich in der Öffentlichkeit gibt. Die Blockadehaltung und die Arroganz, mit der insbesondere der Regierende Bürgermeister auftritt, wurden symbolisch damit zum Ausdruck gebracht, dass sich die Beschäftigten um Einstellungen in anderen Bundesländern bewarben. Für junge Lehrkräfte ist das leider nicht nur ein Spiel, sondern bittere Realität. Während andere Bundesländer mit der sofortigen Verbeamtung und höheren Einstufungen locken, ist das Lohnniveau in Berlin auf dem Stand von 2002. Deshalb hat die GEW BERLIN die angestellten Lehrkräfte zur Urabstimmung aufgerufen. Nur mit einem länger geführten Arbeitskampf scheint es möglich zu sein, unsere Interessen durchzusetzen. Wenn sich in der Urabstimmung 75 Prozent für den Arbeitskampf aussprechen, werden Lehrkräfte auch in die nachfolgenden Streiks einbezogen. *Holger Dehring*

»Die Initiative Pro Ethik« von G. Weil, in *blz Juli/August 2008*

Am 22. Mai fand vor dem Bildungsausschuss des Abgeordnetenhauses eine Anhörung zum Volksbegehren von ProReli statt. Dazu eingeladen war auch Herr Weil von der GEW als Sprecher der Initiative Pro Ethik, die das Volksbegehren bekämpft. In seinem Artikel geht er auch auf diese Sitzung ein. Die Art aber, wie er das tut und seine Gegner, die ProReli-Sprecher, darstellt, halte ich für ethisch höchst bedenklich. Er greift dabei einen Punkt heraus, den er – als Gewerkschaftsvertreter natürlich zu Recht – in die Anhörung eingebracht hatte, nämlich die Verschlechterungen der Arbeitssituation bis hin zu drohender Arbeitslosigkeit, die die Änderung des Schulgesetzes bei Erfolg des ProReli-Volksbegehrens für die Religionslehrkräfte mit sich bringen werde. Er fährt fort: »Der ProReli-Vorsitzende Christoph Lehmann antwortete darauf mit Ignoranz: Es ginge ihm nicht um gewerkschaftliche Standpunkte und eine drohende Arbeitslosigkeit für Katecheten, sondern um eine Grundsatzfrage.« Der Leser versteht sofort: Herr Lehmann ist so inkompetent oder auch ideologisch blind gegenüber dem Schicksal der Religionslehrkräfte, dass er in seiner »Ignoranz« sich dazu nicht äußern kann; und jeder weiß ja: wenn man konkret nichts zu sagen weiß, flüchtet man sich in die Erörterung von »Grundsatzfragen«. Liest man nun das Wortprotokoll der Sitzung, so stellt man fest, dass die Äußerungen zu diesem Punkt, in Zeilen gerechnet, gerade mal drei Prozent ausmachen. ProReli ist der Meinung, dass Eltern und Schülern nicht nur formal, sondern fair unter gleichen Bedingungen die Möglichkeit gegeben werden muss, SchülerInnen wahlweise in einem »ordentlichen« Religions- oder Weltanschauungs- oder Ethikunterricht »sprachfähig« zu machen, und zwar parallel, alternativ und mit Recht auf Wechsel und mit der ständigen Möglichkeit, bei entsprechender Kooperation der beteiligten Lehrkräfte sich gegenseitig kennenzulernen, auszutauschen. Für dieses »gesellschaftspolitische Anliegen« trat Herr Lehmann auftragsgemäß ein, dazu war er vom Bildungsausschuss eingeladen worden. Herr Weil verfälscht die Erfüllung dieses Auftrags zu einem Fluchtversuch vor der Beantwortung gewerkschaftlicher Fragen. Ähnlich diffamierend geht er mit Herrn Schultz von der evangelischen Kirche um. Ihm attestiert er »wenig Verständnis für die drohenden Konsequenzen« für die Religionslehrkräfte; die müssten sich, so beschreibt er Herrn Schultz' Haltung »halt an die Realität der Berliner Schulen anpassen«. *Günter Scharfe*

Titelthema »Gemeinschaftsschule« *September-blz*

Eine schöne Vision: Die Einheitsschule, in der alle SchülerInnen individuell, kooperativ und selbstständig lernen. Unklar ist mir dabei, wie das angesichts der gegebenen Bedingungen funktionieren soll – trotz persönlichem Engagement, externer Unterstützung und Fortbildungsangeboten. Bei der derzeitigen Klassengröße, dem Raummangel, der schlechten materiellen und personellen Ausstattung der Schulen sowie (nicht zuletzt) dem hohen Stundendeputat ist doch schon jetzt ein kompetenzorientiertes und differenzierendes Unterrichten nur schwer möglich. Vorsichtig ausgedrückt! Wenn eine Gemeinschaftsschule überhaupt funktionieren kann, dann nur, wenn erheblich (!) mehr Ressourcen (im oben genannten Sinn) eingesetzt werden, als es derzeit der Fall ist. Wo bleiben da die Forderungen der GEW (Lehrerarbeitszeit, Klassenfrequenzen, Ausstattung)? *Harald Rehnert*

FOTO: TRANSIT/C. V. POLENTZ

Der Kampf »oben« gegen »unten«

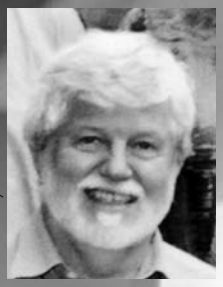


FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Folker Schmidt

Vor zehn Jahren passierte in der Berliner Hochschullandschaft etwas Außergewöhnliches: Das unter der rot-grünen Regierung 1989 entstandene fortschrittliche Hochschulgesetz wurde unter der damaligen Großen Koalition durch einen Paragrafen »ergänzt«, der das Ganze grundsätzlich in Frage stellte, den § 7a, die Erprobungsklausel. Wenn auch eventuell damals an eine sinnvolle Möglichkeit gedacht worden sein sollte, die Hochschullandschaft optimaler zu gestalten, so zeigte sich bald, dass die bestimmenden Akteure, die Universitätspräsidenten, die Lunte gerochen hatten und die Initiative ergriffen: Das Gesetz wurde im Wesentlichen nach ihrem Gusto ausgehöhlt. Und darüber hinaus wurde im Laufe des Vollzugs der so ausgestalteten Regelungen auch gleich »vergessen«, dass in den (Teil)-Grundordnungen wenigstens die Begriffe Transparenz, Demokratie und Mitbestimmung vorkamen. Die ursprünglich ausdrücklich als befristet gültig gedachten Regelungen verfestigten sich, weil die Hochschulleitungen merkten, dass es sich ohne die lästigen demokratischen Verfahren leichter regieren ließ und das Berliner Parlament keine Zeit hatte, sich um die Befristungstatbestände zu kümmern und durch die im Federstrich produzierbaren einfachen Verlängerungen die eingerissene Praxis leichtfertig stets verlängerte. Auch vorgesehene Evaluierungen wurden, selbst wenn die durchweg von den Hochschulpräsidien vorgegebene Evaluiererklientel Ergänzungen und mehr Mitbestimmung empfahl, übergangen. Inzwischen ist der Paragraf 7a das Gesetz.

Die Hochschulleitungen haben das Heft in der Hand. Die Form der Führung der Hochschulen entspricht schon seit Längerem nur noch sehr bedingt der »Good Governance«, wie in dem Beitrag auf Seite 9 ausgeführt wird.

Folker Schmidt

Angriff auf die Demokratie an Hochschulen

Zehn Jahre Erprobungsklausel im Berliner Hochschulgesetz

von Traugott Klose, Abteilung Wissenschaft

Entstehung und Ziele dieser Gesetzesänderung: Mitte der 90er Jahre hat die damalige große Koalition angesichts der Berliner Finanzkrise den Berliner Hochschulen drastische Haushaltskürzungen auferlegt. In den Folgejahren wurden an den drei großen Berliner Universitäten etwa ein Drittel der Stellen gestrichen, die Fachhochschulen kamen glimpflicher davon.

In dieser Situation hat das Abgeordnetenhaus von Berlin 1997 den Berliner Hochschulen erlaubt, abweichend vom Gesetz »neue Modelle der Leitung, Organisation und Finanzierung« zu erproben, um Entscheidungsprozesse zu vereinfachen und die Wirtschaftlichkeit der eingesetzten staatlichen Mittel zu verbessern (§7a BerlHG). Es folgte damit Forderungen der Universitätspräsidenten, die argumentierten, sie könnten die Kürzungen nur dann sinnvoll und wirtschaftlich in neuen Strukturplanungen umsetzen und leistungsfähige Hochschulen erhalten, wenn sie dafür Freiheiten und Eigenverantwortung und mehrjährige Planungssicherheit bekämen. Auch das Letztere wurde den Hochschulen in den sogenannten Hochschulverträgen zugesichert. Sie legen für die Hochschulen bestimmte Aufgaben (Studienplatzzahlen, bestimmte Reformen und anderes) fest und garantieren bestimmte jährliche staatliche Zuschüsse.

Mehr Macht für Leitungsorgane

Vorreiter für die Nutzung der Erprobungsklausel war der damalige HU-Präsident Hans Meyer, der später – eine Ironie der Geschichte – Opfer des von ihm inthronisierten neuen HU-Kuratoriums wurde. Dieses, dominiert von Persönlichkeiten von außen und nicht mehr von Staatsvertretern, bestand darauf, dass Hans Meyer bei der anstehenden Wiederwahl Gegenkandidaten von außen bekam. Ein solcher (Mlynek) wurde dann von dem in der Zusammensetzung unveränderten HU-Konzil gewählt.

Nach HU und FHTW hat auch die Freie Universität im Jahr 1998 von der Erprobungsklausel Gebrauch gemacht und in einer »Teilgrundordnung« für befristete Zeit einige Abweichungen vom Berliner Hochschulgesetz beschlossen. Der jetzt üblichen Managementphilosophie folgend und mit Bezug auf Beispiele einiger ausländischer Hochschulen sollten die Leitungsorgane, das Präsidium auf der zentralen Ebene und die Dekanate auf Fachbereichsebene, gestärkt werden. Sie sollten handlungsfähiger werden. In den zugehörigen, in der Zusammensetzung unveränderten Gremien, dem Akademischen Senat und Fachbereichsrat, sollten aber weiterhin die Grundsatzentscheidungen getroffen werden, nicht mehr tagesaktuelle Dinge. In den begleitenden Beschlüssen des Akademischen Senats und des Konzils war ausdrücklich von einem Erhalt der demokratischen Mitwirkung in der Gruppenuniversität und verbesserter Transparenz der Entscheidungs- und Handlungsabläufe und von demokratischen Kontrollfunktionen die Rede. Im neuen, stark verkleinerten Kuratorium saßen jetzt nur noch ein staatlicher Vertreter, der Wissenschaftssenator, vier Universitätsmitglieder (je eine ProfessorIn, akademische MitarbeiterIn, StudentIn, sonstige MitarbeiterIn) und gleich viel, also fünf, »Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens«. Sie sollten über wesentliche Dinge der Universität beraten und entscheiden – wie das frühere Kuratorium, jedoch nicht mehr über Einzelmaßnahmen, wie zum Beispiel die Ausschreibung einzelner Professuren. Die Neuregelung wurde damals, gesetzeskonform, vom FU-(Vize-)Präsidenten Peter Gaethgens mit dem damaligen CDU-Wissenschaftssenator Radunski ausgehandelt. Akademischer Senat und altes Kuratorium hatten zwar formale Einschränkungen bei der Er-

FOTO: PRIVAT

Traugott Klose

§ 7a ERPROBUNGSKLAUSEL

Die für Hochschulen zuständige Senatsverwaltung kann auf Antrag einer Hochschule nach Stellungnahme des Akademischen Senats und mit Zustimmung des Kuratoriums, an Hochschulen ohne Kuratorium mit Zustimmung des Akademischen Senats, für eine begrenzte Zeit Abweichungen von den Vorschriften der §§ 24 bis 29, 34 bis 36, 51 bis 58, 60 bis 75 sowie 83 bis 121 zulassen, soweit dies erforderlich ist, um neue Modelle der Leitung, Organisation und Finanzierung zu erproben, die dem Ziel einer Vereinfachung der Entscheidungsprozesse und einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, insbesondere der Erzielung eigener Einnahmen der Hochschule, dienen. Abweichungen von §§ 87 und 88 bedürfen des Einvernehmens der Senatsverwaltung für Finanzen. *(Berliner Hochschulgesetz)*

FOTO: IMAGO/SVEN LAMBERT

mächtigung des Präsidiums erreicht, das eigentliche Beschlussgremium, das Konzil (jetzt Erweiterter Senat, der das Präsidium wählt) hatte jedoch keinen Entscheidungsspielraum, es wurde erpresst durch den künstlich aufgebauten Zeitdruck (Dienstag Sitzung; bis Sonnabend Zeit für den Senator, damit am nächsten Mittwoch der Akademische Senat zustimmen kann, »sonst geht in diesem Jahr nichts mehr«). Wie sich im Weiteren zeigte, wurden diese Einschränkungen, aber auch die Empfehlungen einer Evaluationskommission (von außen) später konsequent ignoriert.

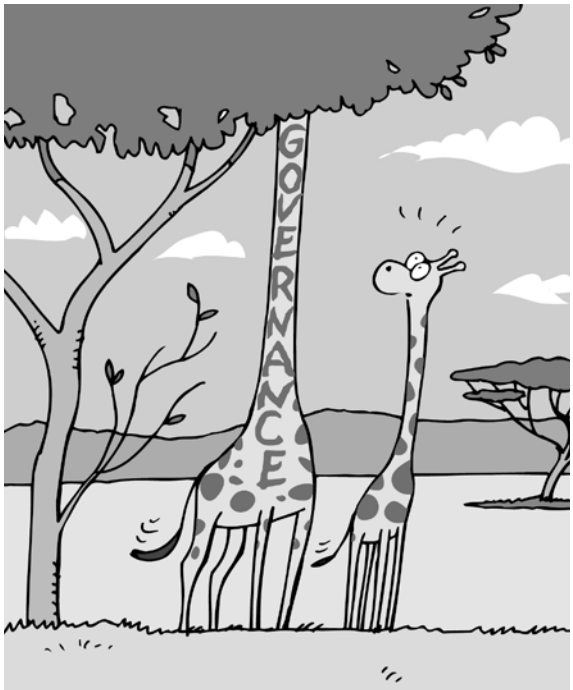
Das Abgeordnetenhaus hat die gesetzliche Befristung der Erprobungsklausel nicht zuletzt auf Druck der Universitätspräsidenten und einer interessierten Öffentlichkeit mehrfach verlängert.

Wirkungen der Erprobungsklausel

Alle Hochschulen, die von der Erprobungsklausel Gebrauch gemacht haben (als letzte die TU Berlin) waren verpflichtet, Erfahrungs- und Evaluationsberichte vorzulegen. Auch der Evaluationsbericht zur FU-Neuregelung vom April 2002 behauptet nicht, dass wichtige Reformschritte der damaligen Zeit direkt durch die neue Entscheidungsstruktur geprägt oder durch sie erst ermöglicht worden seien. Es ist etwas ungenau von zeitgleichen Reformen die Rede.

Tatsächlich sind die wichtigen Veränderungen an der FU vor 1999, also vor Inkrafttreten der Teilgrundordnung, beschlossen und eingeleitet worden und zwar von Gremien, die nach der Managementphilosophie der Leitung eigentlich dazu nicht in der Lage waren. Dies betraf

- die neue Strukturplanung, mit der die FU die Zahl ihrer Professuren fast halbiert hat (halbieren musste),
- die neue Fachbereichsgliederung (nur noch 12 statt 20 Fachbereiche),
- die neuen internen Steuerungsverfahren über leistungsbezogene Mittelzuweisung und interne Zielvereinbarungen,
- die Studienstrukturreform (Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen), die vom Präsidium zunächst nur mit größter Reserve begleitet wurde.



Tatsächlich hat die Nutzung der Erprobungsklausel ermöglicht, dass viele Umsetzungsentscheidungen nun zügiger getroffen werden konnten, weil sie auf Präsidium und Dekanate übertragen worden sind. Das wäre aber auch ohne die Erprobungsklausel möglich gewesen.

Auch Forschungsschwerpunktbildungen (neumodisch Clusterbildungen) sind nicht von der Erprobungsklausel abhängig. Sie kommen auf Initiative von Beteiligten, manchmal auch des Präsidiums (dazu ist es auch da) zustande. Gremien müssen allenfalls Rahmenbedingungen regeln. Das gilt insbesondere auch für den Exzellenzwettbewerb, der sich vor allem auf Forschung und ihre Vernetzung bezieht und bei dem die FU so erfolgreich war.

Partizipationsmöglichkeiten sind reduziert

Wohl aber kann man inzwischen erkennen, dass speziell der FU-Präsident mithilfe der Erprobungsklausel eine Machtposition in der Universität eingenommen hat, die weder vom Gesetz, noch von der FU-Satzung (Teilgrundordnung) gedeckt ist, noch akademischen Selbstverwaltungstraditionen entspricht, wie sie gerade auch an amerikanischen Eliteuniversitäten (ein gern zitierter Maßstab) verteidigt werden. Eine wirkungsvolle Kontrolle durch den Akademischen Senat und das neue Kuratorium findet seit Langem nicht mehr statt. Das Präsidium entscheidet inzwischen ganz allein über »Strategische Zentren«/Centers, die Einrichtung und Besetzung von Gremien (Exzellenzrat), die neuen Promotionsstudien, ohne den Akademischen Senat, ohne betroffene Fachbereichsräte. In seiner Organisationsrichtlinie von April 2008 werden Gesetz und Teilgrundordnung als rechtlicher Rahmen schon gar nicht mehr erwähnt. Sie werden offensichtlich für überflüssig und überholt erachtet.

Tatsächlich hatte die Evaluationskommission unter Leitung von Dr. Ederleh (HIS) und unter Mitwirkung von Prof. Müller-Böling (CHE) schon 2002 eine Reihe von Änderungen bei der Nutzung der Erprobungsklausel angemahnt. Sie gehen in Richtung von mehr Transparenz und Beteiligung, vor allem von Studierenden im Bereich Lehre und Studium. Gremien sollten für die Normgebung und Grundsatzentscheidungen rechtlich und praktisch besser befähigt werden. Das neue Kuratorium sollte tatsächlichen Einfluss auf die Entwicklung der FU erhalten, etwa bei der Zuteilung von Professuren, bei Zielvereinbarungen mit Fachbereichen, bei den Hochschulverträgen mit dem Land Berlin und den darin geforderten Leistungsberichten der Hochschule. Für Präsidium und Dekanate sollte das Prinzip der doppelten Legitimation gelten, von unten durch das Wahlgremium, von oben durch das Aufsichtsgremium. Leider ist das weder in der FU weiter bearbeitet worden, noch haben Wissenschaftsverwaltung und Abgeordnetenhaus kritisch nachgefragt. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

KARIKATUR: D. TOWN

Die schöne neue Welt von Governance

Wie man Probleme in Bildung und Wissenschaft widerspruchsfrei und geräuscharm löst

von Johannes Nyc, Studienberater an der Freien Universität Berlin

Auf einmal laufen alle Prozesse in Politik und Gesellschaft wie geschmiert. Konflikte lösen sich auf, Interessen stimmen überein, Harmonie allerorten: Der neue Zauberstab heißt Governance.

Governance soll nun auch Probleme in Bildung und Wissenschaft widerspruchsfrei und geräuscharm lösen helfen.

Wie immer, wenn englische Wortschöpfungen die deutsche Bildungspolitik okkupieren, sollten die Gewerkschaften nicht zu lange warten, Position zu beziehen: Wer hat Interesse an Governance, gibt es demokratische, gibt es gewerkschaftlich orientierte Governance? Bedeutet Governance tatsächlich modernes Entscheiden unter Teilhabe aller? Oder ist Governance nichts anderes als elegantes, neoliberales Durchgreifen?

Wie sieht nun besagte Governance am Beispiel der Berliner Hochschulen aus? Sogenannte Erprobungsklauseln haben dort aus Mitbestimmungsgremien seltene Akklamationsversammlungen gemacht. Wagt es ein gewähltes Gremienmitglied beispielsweise ein paar kritische Fragen zu den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen zu stellen, erfährt die interessierte Öffentlichkeit darüber aus dem Sitzungsprotokoll ganz lapidar: Der Präsident beantwortet die Anfrage mündlich. Punkt. Das war es dann!

Die Erprobungsklauseln heißen zwar so, aber sie scheinen für die Ewigkeit zu gelten. An den Hochschulen haben sie inzwischen eine Ordnung wie bei Hofe entstehen lassen.

Der Hochschulkanzler ist der Schatzkanzler. Personal- und Sachmittel zu bekommen, ist eine Frage von Gnade oder Ungnade.

Zielvereinbarungen folgen dem Prinzip der unternehmerischen Hochschule, die »Ver-Betriebswirtschaftlichung« der Bildungs- und Forschungseinrichtung Hochschule schreitet voran.

Ein bekanntes Software-Unternehmen aus dem hessischen Walldorf sowie externe Gutachterbüros regieren die Hochschulwelt. Die Ergebnisse der zahlreichen Gutachten können natürlich nur von den Mitarbeitern derselben Beratungsfirmen umgesetzt werden, aus früheren Werkvertragsnehmern werden dann plötzlich Hochschulbeschäftigte auf sonst so seltenen Dauerstellen.

Dabei ist der externe Sachverstand hoch im Kurs. Da darf ein Gutachten zur Personalkosteneinsparung auch schon einmal etwas mehr kosten als die erhoffte Einsparsumme.

Übrigens hat die Hertie-Stiftung vor einiger Zeit in Berlin ihre erste private Kaderschmiede für Führungskräfte im öffentlichen und politiknahen Bereich eingeweiht, Jahresetat: Mehr als sechs Millionen Euro, Studiengebühren ab 15.000 Euro aufwärts. Der Ort des Geschehens: das ehemalige DDR-Staatsratsgebäude, Siegerpose inbegriffen. Nun hat das Gebäude seine Schuldigkeit getan, die Hochschule ist inzwischen wieder ausgezogen und residiert nun an der Friedrichstraße. Doch der Name ist geblieben: Hertie-School of Governance. Kann der Name Zufall sein?

FOTO: PRIVAT

Johannes Nyc

GOVERNANCE

Der Ausdruck Governance ist alternativ zum englischen Begriff Government (Regierung) entstanden und soll ausdrücken, dass innerhalb der jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Einheit Steuerung und Regelung nicht nur vom Staat (»Erster Sektor«), sondern auch von der Privatwirtschaft (»Zweiter Sektor«) und vom »Dritten Sektor« (Vereine, Verbände, Interessenvertretungen) wahrgenommen wird. Governance bezieht sich ausschließlich auf Strukturen sowie institutionelle respektive prozessuale Elemente einer politischen oder gesellschaftlichen Einheit, wodurch deren Management unterstützt und verbessert werden soll.

Good Governance ist dabei eine Sammlung von Methoden und Instrumenten, die normativ bestimmte Steuerungsprinzipien und -formen bevorzugen. Damit ist ein Referenzsystem gegeben, auf dessen Grundlage sich die Qualität von Führung und Steuerung bewerten lässt.

Diese Prinzipien der Governance sind:

Accountability: Rechenschaftspflicht (z.B. hinsichtlich der Erfüllung eines vorgegebenen Zieles)
Responsibility: Verantwortlichkeit (z.B. für die wirksame Erfüllung einer übertragenen Aufgabe)
Transparency: Offenheit und Transparenz von Prozessen und Strukturen
Fairness

(in Anlehnung an Definitionen aus »Wikipedia« verfasst von F.S.)

Startschuss ins neue Schuljahr

Eine erste Bilanz aus Personalratssicht

von Sigrid Baumgardt, blz-Redaktion

Auch die SchulanfängerInnen sind gespannt auf das neue Schuljahr.

FOTO: MANFRED VOLLMER

Das Schuljahr hat bezogen auf die Lehrkräfteausstattung zumindest besser begonnen als in den Jahren zuvor. Der große Aufschrei bleibt aus, da sind sich die Behörde, die Vereinigung Berliner Schulleiterinnen (VBS) in der GEW BERLIN und das Sorgentelefon einig. Aber welche Erkenntnisse haben die örtlichen Personalräte zum Thema? Schon in der zweiten Woche nach Schuljahresbeginn liegen den Personalräten Vorlagen für Einstellungen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung (PKB: drei Prozent Personalmittel an den Schulen) vor, in mehr als einer Region. Wir wissen von den berufsbildenden Schulen, von Mitte und Steglitz-Zehlendorf, dass es dort schon jetzt mehr als 30 sind. Etliche Verträge werden von den Schulen direkt bis zum Schuljahresende geschlossen. Grund dafür ist die Unterausstattung mit unter 100 Prozent.

Aber geht das denn überhaupt? Gibt der rechtliche Rahmen für PKB-Einstellungen das überhaupt her? Nein, denn PKB-Einstellungen dürfen nur von Schulen veranlasst werden, die mit mindestens 100 Prozent ausgestattet sind und dann ihr Budget für kurzfristige Krankheitsvertretungen belasten wollen. Für längerfristige Ausfälle müssten eigentlich andere Verträge geschlossen werden. Hier aber ist das Prozedere um die Genehmigung einer Einstellung deutlich länger und das liegt nicht an den Beteiligungsrechten der Personalräte.

Also wählen die Schulleitungen verständlicherweise das schnellere Mittel. Leisten können sich diesen Weg eigentlich nur große Schulen, denn bei den kleinen ist das Budget schnell erschöpft. Das weiß auch die Behörde. Was hilft weiter? Der Vertretungspool! Im allgemeinbildenden Bereich schwimmen darin immerhin 118 Lehrkräfte und 22 bei den BerufsbildnerInnen. Sie sollen in den ersten zwei Jahren in den Schulen eingesetzt werden, in denen es besonders brennt und werden dann erst einer Schule zugewiesen. Realität ist aber: viele Lehrkräfte aus dem Pool sind schon Schulen zugeteilt. Aber auch diese belasten zunächst zum Teil nur kurzfristig das PKB-Budget der Schule. Außerdem sind viele Lehrkräfte aus dem Pool schon Schulen zugeteilt, die ansonsten unter die hundertprozentige Ausstattung rutschen. Pädagogisch sinnvoll ist es, sie dort zu belassen. Aber was wird dann aus der Feuerwehr?

Die Forderung lautet: Die versprochenen 100 Prozent Personal sind zu wenig, wir brauchen 110 Prozent. Ein erster Schritt wäre getan, wenn der Senat sich an die eigenen Vorgaben hielte und wirklich allen Schulen 100 Prozent unbefristetes Personal zur Verfügung stellen würde. Dann wäre auch mit Instrumenten wie Vertretungspool und PKB übers Schuljahr einiges auszugleichen. Jetzt sind schon zwei Wochen nach Schuljahresbeginn viele Reserven verbraucht.

Blumen für Senator Zöllner

Eine erste Bilanz der GEW-SchulleiterInnen

von Ellen Hansen und Wolfgang Harnischfeger, Vorsitzende der VBS

Die Vereinigung der Berliner Schulleiter und Schulleiterinnen in der GEW (VBS) hat unter den öffentlichen Berliner Schulen eine Umfrage zur Personalausstattung durchgeführt, die, nach Schularten unterschiedlich, einen Rücklauf von knapp unter 50 Prozent hatte. Das erlaubt für die allgemeinbildenden Schulen folgende gesicherte Aussagen: Die Ausstattung der Berliner Schulen mit Lehrkräften liegt zwischen 99 und 100 Prozent. Damit kann der Pflichtunterricht abgedeckt werden. Dies stellt eine wesentliche Verbesserung gegenüber den Vorjahren dar. Dieser hohe Ausstattungsgrad wurde erreicht, indem man neben den Neueinstellungen Vertretungsmittel für den regulären Bedarf einsetzte, also auf die 140 Personen aus der sogenannten Lehrerfeuerwehr und auf Einstellungen aus der Personalkostenbudgetierung (drei Prozent Vertretungsreserve) zurückgriff.

Ein neues Verteilungsverfahren hat allerdings zu Verschlechterungen der Personalausstattung bei der Behindertenintegration und zu einer Umschichtung von Lehrkräften von sozial belasteten zu weniger belasteten Schulen geführt, die nicht ausgeglichen werden konnten. Die VBS weist darauf hin, dass die Vertretungsreserve an manchen Schulen schon jetzt aufgezehrt ist. Hier wird es darauf ankommen, dass verwaltungsintern Stellen umgeschichtet werden, um wieder Handlungsspielraum zu bekommen für Notzeiten. Diese treten ein, wenn traditionell der Krankheitsstand steigt, also im Januar/Februar.

Wolfgang Harnischfeger: »Es ist, als ob man mit dem Reserverad eine Schotterpiste entlang führe. Solange es kein Loch gibt, läuft alles glatt. Es ist aber abzusehen, dass es zu Pannen kommen wird.«

Wenn zusätzliche Lehrkräfte gebraucht werden, wird deutlich werden, dass der Arbeitsmarkt leergefegt ist und Berlin wegen seiner ungünstigen Einstellungsbedingungen nicht genügend Lehrkräfte zur Verfügung hat. Die VBS fordert deshalb den Schulsenator und die gesamte Regierung auf, umgehend von der Diskussion über die Verbesserung der Bezahlung junger Lehrkräfte auf die Handlungsebene zu kommen und Zulagen vorzusehen, die die vorhandene Lücke zur Beamtenbesoldung anderer Länder ausgleichen. Anderenfalls werden wir Anfang des nächsten Jahres nicht in der Lage sein, den Unterrichtsbedarf abzudecken, zumal alleine durch Pensionierungen und Beurlaubungen monatlich im Durchschnitt 70 Lehrkräfte ausscheiden, es also auch ohne Krankheitswelle einen kontinuierlichen Ersatzbedarf gibt. Die Wiedereinführung der Altersteilzeit für Lehrkräfte zum 1. Februar wird nach unserer Abfrage zu einem weiteren Bedarf von rund 100 Stellen führen, was die Lage verschärfen wird. Es zeichnet sich ab, dass im Februar 2009 450 neue Lehrer gebraucht werden.

Ellen Hansen: »Schon jetzt versuche ich vergebens, eine sonderpädagogisch ausgebildete Lehrkraft zu bekommen. Es gibt sie nicht mehr auf dem Berliner Markt.«

Auch im Erzieherbereich scheint sich die Lage weniger dramatisch darzustellen als zunächst angenommen. Offensichtlich greift hier das Angebot der Verwaltung, vorhandene Verträge auf 100 Prozent aufzustocken. Es gibt allerdings Probleme bei der Nachmittagsbetreuung.

Spürbar bessere Personalausstattung

Die Schulen und die regionale Schulaufsicht hatten in diesem Jahr deutlich mehr Möglichkeiten, zu dem benötigten Personal zu kommen. Durch diese erhöhte Flexibilität kann der Unterricht fast vollständig erteilt werden. Damit sind nicht alle Probleme gelöst, aber die Personalausstattung ist spürbar besser als in den letzten Jahren. Dazu gratulieren wir Herrn Senator Zöllner, er wird den von uns vor Wochen für diesen Fall versprochenen Blumenstrauß bekommen. Blumen für Zöllner von den Schulleiterinnen und Schulleitern in der GEW, das ist an sich schon eine Nachricht!

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Das neue GEW-Zeugnisprogramm nimmt Ihnen die lästige Schreibarbeit ab. Sie geben nur noch die Daten ein, die Zeugnisse druckt Ihnen Ihr Computer. Neben der reinen Zeugniserstellung gibt es zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen für die Grund- und Gesamtschule oder eine Fehlzeitenverwaltung, die Ihnen die täglichen Arbeit erleichtern.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Sie werden feststellen, es gibt nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Gesamtschule		
- (Sek. I)	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
- mit Grundstufe u. gymn. Oberstufe	50,-	60,-
Hauptschule	20,-	30,-
Realschule	20,-	30,-
Haupt- u. Realschule	30,-	40,-
Gymnasium		
- (nur Sek. I)	20,-	30,-
- (Sek. I und Sek II)	30,-	40,-
- (Sek. I und Sek. II) mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-
Gymnasiale Oberstufe	20,-	30,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen, Informationen dazu unter www.gew-Berlin.de/4681.htm.

Die Freischaltung bzw. die Zusendung erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein: *siehe Seite 14*

Ein arger Knochenjob

Warum heute niemand mehr stellvertretende SchulleiterIn werden will

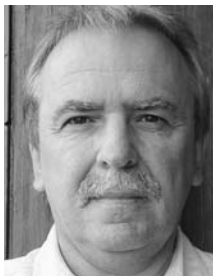


FOTO: PRIVAT

von Lothar Semmel, stellvertretender Schulleiter in Neukölln

Ein Traumjob war das nie – an den Grund-, Haupt- und Realschulen schlecht bezahlt und an allen Schulen kleinerer oder mittlerer Größe nur mit wenigen Ermäßigungsstunden honoriert, dafür mit viel Zusatzarbeit, Stress und Ärger mit den KollegInnen dekoriert. Es war immer eine Aufgabe, die eine stabile Persönlichkeit, beträchtliches Organisationstalent, viel Verhandlungsgeschick, immer Verständnis für alle Wünsche des Kollegiums und einen nicht geringen Hang zum Masochismus verlangte. Oft sind es die KonrektorInnen, die morgens als erste das Schulgebäude betreten und es nachmittags als letzte verlassen. Das größte Lob, das man dafür erhält, sind so einprägsame Sätze wie: »Na, deinen Job möchte ich wirklich nicht machen« oder »Ich finde es ja toll, wie du den Laden am Laufen hältst und du machst das auch sehr gerecht, aber wenn ich diese Vertretungsstunde jetzt auch noch halten muss, melde ich mich ebenfalls krank.«

Natürlich weiß man das alles, wenn man sich auf diese Aufgabe einlässt. Auch ich habe das gewusst, als ich vor 15 Jahren in dieser Funktion an einer großen Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe (1200 SchülerInnen, 100 KollegInnen) anfing. Aber in den letzten Jahren haben sich zudem die Arbeitsbedingungen erheblich verschlechtert.

Mehr Verwaltungsaufwand

Die Vertretungspläne werden bei einem Durchschnittsalter des Kollegiums von über 50 Jahren immer umfangreicher, der Krankenstand steigt, die Erkrankungen dauern länger, Ausgleichstage, Wahltage und andere Freistellungen sind hinzugekommen. Immer häufiger müssen Stundenpläne mehrfach im Laufe eines Schuljahres von Grund auf verändert werden. Dauererkrankungen, Abordnungen, aber auch Umsetzungen während des Schuljahres und Pensionierungen vor Ende des Schuljahres sind die Gründe. Zentrale Abschlussprüfungen im 10. Jahrgang (inklusive der Präsentationsprüfungen für über 200 SchülerInnen) und die Neuregelungen im Abitur mit einer beträchtlichen Zunahme der Prüfungstage durch Zentralabitur, zweigeteilte mündliche Prüfungen und einer neuen Prüfungswoche durch die 5. Prüfungskomponente bedeuten einen beträchtlichen zusätzlichen Organisationsaufwand.

Die Personalkostenbudgetierung (PKB), die an unserer Schule ganz in den Händen des stellvertretenden Schulleiters liegt, hat trotz der unbestreitbaren Vorteile einer besseren Reaktion auf mittel- und langfristige Vertretungsfälle eine erhebliche Mehrarbeit gebracht, da das Einstellungsverfahren in vielen Fällen sehr mühsam und bürokratisch ist und die Datenbank der Senatsverwaltung nur eine Trefferwahrscheinlichkeit von deutlich unter 10 Prozent liefert, was bedeutet, dass höchstens jede zehnte geführte Bewerberin geeignet oder verfügbar ist. Um das herauszukriegen, benötigt man für Telefonate, Anschreiben, E-Mail-Kontakte und Vorstellungsgespräche jeweils viele Arbeitsstunden. In Mangelfächern bleibt am Ende manchmal überhaupt keine Kandidatin mehr übrig. In einer Auswertung der Vereinigung der Berliner SchulleiterInnen in der GEW (VBS) zur Bilanz nach einem Jahr Personalkostenbudgetierung haben viele Schulen die quantitative Zunahme der Arbeitsbelastung allein durch PKB auf deutlich mehr als 50 Arbeitsstunden im Schuljahr, an großen Schulen auf mehr als 100 Stunden geschätzt.

Neue Aufgabengebiete

Ich möchte noch auf einen weiteren Aspekt hinweisen, der parallel zu den Böger'schen Schulreformen der Jahre 2004/2006 einsetzte. Gemeint ist die drastische Ausweitung der Kompetenzen und Aufgaben der SchulleiterInnen nach Paragraf 69 des Schulgesetzes. Mit dieser Expansion der Aufgabengebiete hat sich auch das Wirkungsfeld der StellvertreterInnen linear vergrößert. Viele Aufgaben können an sie delegiert werden, im Vertretungsfall müssen sie sowieso in allen Gebieten der schulischen Verantwortung kompetent sein und sich ständig auf dem Laufenden halten. Als inhaltlich und zeitlich besonders belastend haben sich die »neuen« Aufgabengebiete erwiesen:

- Abschluss von Rechtsgeschäften im Rahmen der Eigenverantwortung der Schule,
- Sicherstellung der Entwicklung, Fortschreibung und Umsetzung des Schulprogramms,
- Sicherstellung der Qualitätssicherung und internen Evaluation,
- Durchführen von Unterrichtsbesuchen und Erstellen von dienstlichen Beurteilungen.

Viele stellvertretende SchulleiterInnen haben sich inzwischen geweigert, auch noch diese Aufgaben zu übernehmen; bei durchschnittlich 4 bis 6 Ermäßigungsstunden in der Woche für alle (!) Aspekte ihrer Tätigkeit nur zu verständlich.

Entlastung ist notwendig

StellvertreterInnen berichten von 60 bis 70 Arbeitsstunden in der Woche (»hauptberuflich« ist man als Konrektorin oder Stellvertreterin ja mit 16 bis 24 Stunden Unterricht LehrerIn wie alle anderen auch), von krankheitsbedingten Ausfällen bis hin zu ernsten Herz-Kreislauferkrankungen und Zusammenbrüchen. Viele leiden unter starker nervlicher Überbeanspruchung und Stress.

Für Schulleitung und Verwaltung muss es angesichts der drastisch gestiegenen Arbeitsbelastungen einen deutlich größeren Pool an Ermäßigungsstunden geben. Profitierten im Schuljahr 2006/07 ausschließlich die SchulleiterInnen durch eine deutliche Absenkung ihrer Unterrichtszeit zugunsten von Leitungszeit, müssen im kommenden Jahr alle KollegInnen, die mit Leitungs- und Verwaltungsaufgaben betraut sind, zusätzliche Ermäßigungen erhalten. Das betrifft in erster Linie die stellvertretenden SchulleiterInnen beziehungsweise die Kon-

rektorInnen, aber nicht nur sie. An großen Schulen gibt es auch Mittelstufen- und OberstufenleiterInnen, die eine viel zu geringe Ermäßigung für Ihre Tätigkeit bekommen. Das Schulgesetz von 2006 hat den Begriff der erweiterten Schulleitung eingeführt. Auch für die mitwirkenden KollegInnen, die nach den bisherigen Regelungen nur »ehrenamtlich« amtieren und viel Zusatzarbeit unentgeltlich leisten, muss es eine Abminderung geben.

Das Pool-Modell muss wieder her

Das Pool-Modell, das bis Anfang der 90er Jahre an den Gesamtschulen existierte, ist ein gerechteres Modell gewesen, denn Schulleitung und Gesamtkonferenz konnten entscheiden, für welche Belastungen im Bereich Schulleitung und Verwaltung zeitliche Abminderungen gewährt werden konnten. Dazu einen Zahlenvergleich zum Abschluss: 1992/93 standen unserer Schule für diesen Gesamtpool bei gleicher Schülerzahl wie heute 84 Stunden für Verwaltung und Leitung zur Verfügung. Nach den im Schuljahr 2008/09 gültigen Regelungen für die Lehrerzumessung müssen wir heute mit 57 Stunden auskommen, und das bei einer deutlichen Zunahme der Aufgaben. Ich zumindest bin heute in der Woche durchschnittlich 8–10 Stunden länger in der Schule als bei meinem Amtsantritt 1992.

Unter diesen Bedingungen können stellvertretende SchulleiterInnen keine vernünftige Arbeit leisten, die den Erwartungen sowohl der Schulaufsicht als auch der Schulen entspricht. Ohne eine deutliche Reduzierung der Unterrichtsstunden leidet die Qualität der Arbeit, und für die Betroffenen führt die Selbstausbeutung zu stressbedingter Krankheit. Die Wiedereinführung des Pool-Modells wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Lothar Semmel ist 54 Jahre alt und seit 1992 stellvertretender Schulleiter der Clay-Schule, einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe in Berlin-Neukölln. Seit 2006 ist er Mitglied im Vorstand des VBS und vertritt dort die Interessen der stellvertretenden SchulleiterInnen und KonrektorInnen.

Bildung ist auch ein Standortvorteil

Über den Bildungsverbund in der Gropiusstadt und im Brunnenviertel

FOTO: DEGEWO

ein Gastkommentar von Frank Bielka, Vorstand der Wohnungsbaugesellschaft Degewo

Ein Berliner Wohnungsunternehmen, das sich mit dem Thema Bildung beschäftigt? Die zunächst skeptischen Blicke, die ich dafür manchmal ernte, wandeln sich schnell in Staunen und Anerkennen, wenn die Zusammenhänge klar werden. Denn auch wenn wir, als Degewo, ein ungewöhnlicher Mitspieler auf der Bildungsbühne Berlin sind, so wissen wir doch um die Bedeutung der Schulen und Kindertagesstätten für ein Wohngebiet. Die Infrastruktur für Kinder und Jugendliche ist, neben der Wohnqualität, ein wesentlicher Faktor für die Stabilität eines Kiezes.

Bildungsverbund im Kiez

Viele Eltern entscheiden sich für die Zukunft ihrer Kinder und wollen dort wohnen, wo ihre Kinder eine Perspektive in den Kitas und Schulen bekommen. Finden sie diese Rahmenbedingungen nicht vor, ziehen sie erst gar nicht hin oder ziehen weg, wenn die Kinder in das entsprechende Alter kommen. Dem Kiez tut das nicht gut. Die Schulen als Seismografen der Stadtquartiere bekommen diese Entwicklung sehr schnell zu spüren.

Die Neuköllner Gropiusstadt: Soziale Stabilisierung durch Bildungsverbund FOTO: DEGEWO

Im Weddinger Brunnenviertel haben wir bereits vor einigen Monaten einen Bildungsverbund ins Leben gerufen. Nach den guten Erfahrungen übertragen wir das Modell jetzt nach Neukölln, wo sich sieben Schulen zum Bildungsverbund Gropiusstadt zusammengeschlossen haben. Das Gemeinsame lautet: Den neuen Herausforderungen begegnen, mit denen die Schulen heute konfrontiert sind, bessere Ergebnisse erzielen und den Bildungsstandort aufwerten. Oder anders ausgedrückt, nach neuen Wegen suchen, bevor es Pro-

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

æ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

æ CD-Version

æ Online-Version

æ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

bleme gibt. Denn alle Akteure im Kiez registrieren sehr genau, dass in der Gropiusstadt der Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund wächst, schneller sogar als in der Gesamtbevölkerung Berlins.

Was aber haben LehrerInnen davon, wenn sich ein Wohnungsunternehmen wie die Degewo aktiv einmischt und einen Bildungsverbund initiiert? Um eines vorweg klarzustellen: Die Degewo nimmt nicht für sich in Anspruch, den pädagogischen Sachverstand liefern zu können. Unsere Leistung besteht vielmehr darin, die Akteure im Stadtquartier zu vernetzen. Das hat mit dem Bildungsstadtrat von Neukölln, Wolfgang Schimmang, begonnen, einem Partner, der sich der Bedeutung von Schulen und Kindertagesstätten für einen Kiez schon länger bewusst ist. Mit seiner Unterstützung konnte ich die Schulaufsicht des Berliner Senats von der Idee überzeugen, Schulen, Freizeiteinrichtungen, das Quartiersmanagement, ehrenamtlich Engagierte, Elternvereine, Unternehmen und die Verwaltungen zusammenzuführen, um den Bildungsstandort Gropiusstadt zu stärken.

Zunächst bedeutet das Engagement im Bildungsverbund für die LehrerInnen vor allem eins: mehr Arbeit. Doch das schreckte die Schulen in der Gropiusstadt keinesfalls, ganz im Gegenteil: Fast 300 LehrerInnen sowie VertreterInnen der Schulbehörde kamen Anfang April zur »Zukunftswerkstatt«, um Ziele und Vorgehensweise der beteiligten Schulen zu diskutieren.

Degewo als Katalysator im Stadtquartier

Als Teilziele hat sich der Bildungsverbund zunächst auf die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Eltern, auf eine engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zur Berufsvorbereitung, auf die Verbesserung der Übergänge von der Kita in die Grundschule und von der Grundschule in die Oberschule und auf die Steigerung der Methodenkompetenz durch mehr Teamarbeit geeinigt.

Der Neuköllner Schulrat Helmut Hochschild hat unsere Initiative auf dem Treffen als Win-win-Situation bezeichnet: »Durch den Bildungsverbund von Schule und Wirtschaft lernen die Schülerinnen und Schüler die Wirklichkeit kennen. Die Schulen profitieren durch ein breites Angebot und die Degewo verbessert durch den Bildungsverbund die Qualität der Schulen und stabilisiert damit den Kiez.«

Auch wenn der Impuls von außen, von einem Wohnungsunternehmen, für viele AkteurInnen vor Ort zunächst neu, ungewöhnlich und überraschend ist, erkennen doch alle sehr schnell die Chancen, die sich ihnen dadurch bieten. Wir verstehen unsere Rolle hier als Katalysator im Stadtquartier.

Einbeziehung der Eltern

Fragt man die am Verbund beteiligten LehrerInnen, so wünschen sie sich Unterstützung von außen, beispielsweise um eine Brücke zu den Eltern zu schlagen, die immer schwerer zu erreichen sind, für die Mitarbeit aber gewonnen werden müssen. Ohne unterstützende Eltern haben es Kinder und Schulen schwer, erfolgreich zu sein. Dennoch ist die Kommunikation zwischen Eltern und Schule gerade in der Gropiusstadt nicht leicht. Hier leben viele Menschen, die, sagen wir es mal ganz direkt, kein sehr inniges Verhältnis zum deutschen Bildungswesen haben. Manchmal sind die Schwellen zu hoch, manchmal ist es einfach Unkenntnis, warum der Dialog nicht klappt. Viele Schulen haben erkannt, dass es nicht hilft, auf die Eltern zu warten oder sie schlicht zu ignorieren. Die Schulen wissen, dass sie eine Brücke zu den distanzierten Eltern schlagen müssen, wenn sie erfolgreich sein wollen. So tun sich die Schulen zusammen und suchen nach erfolgreichen Praxisbeispielen. Und dabei hilft dann der Koordinator, der ursprünglich von der Degewo geschickt wurde.

Und so schließt sich der Kreis: Wenn die Schulen Erfolge vorzuweisen haben, unterstützen sie die soziale Stabilität der Wohnquartiere – denn sie halten aufstiegswillige Familien oder ziehen diese gar an und tragen damit zur Lebensqualität in deren Umfeld bei. Davon profitieren alle, die Wohnungsgesellschaft wie andere lokale Anbieter und auch die LehrerInnen, die dann in einem ganz anderen Umfeld und Klima arbeiten können. Gemeinsames Interesse sollte es sein, ein lebendiges und attraktives Quartier zu schaffen. Das Projekt trägt bereits Früchte. Im Herbst ist beispielsweise eine Schulmesse geplant, in deren Rahmen sich alle Schulen und Kitas vorstellen.

Wir sind außerdem stolz darauf, dass die Bundesregierung im Rahmen ihrer nationalen Stadtentwicklungspolitik den Bildungsverbund als ein Projekt des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) in die Förderung aufgenommen hat. Das zeigt uns, dass auch außerhalb Berlins registriert wird, welche Chancen in der Initiative stecken.

Kita-Volksbegehren hatte Erfolg

Senat stiehlt sich trotzdem aus der Verantwortung

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

von Klaus Schroeder, Leiter Referat Jugendhilfe und Sozialarbeit

Der Landeselternausschuss der Berliner Tageseinrichtungen (LEAK) hat das von ihm initiierte Volksbegehren für bessere Bildungsqualität in den Kitas mit einem überwältigenden Erfolg abgeschlossen. Waren 20.000 Unterschriften in der ersten Phase notwendig, haben Eltern, ErzieherInnen und Träger in gut fünf Monaten 66.181 Unterschriften gesammelt. Das zeigt das große Interesse an der Verbesserung der Lage in den Kindertageseinrichtungen.

»Ziel des Volksbegehrens ist es, den Kindern einen höheren Betreuungsumfang zuzustehen, die Verbesserung des Erzieher-Kind-Schlüssels zu erreichen, den Erziehern mehr Zeit für eine vernünftige und notwendige Vor- und Nachbereitung zu verschaffen, den pädagogischen Fachkräften genug Zeit für wichtige Fortbildungen zu geben und die Verbesserung des Leitungsschlüssels.« »Nun liegt es an uns Eltern dafür zu sorgen, dass unsere Kinder eine gute frühkindliche Bildung in der Kita erfahren. Durch diese Maßnahmen erwarten wir eine bessere Vorbereitung auf die Schule und das Leben. Denn nur Kinder, die eine gute Bildung genossen haben, werden später die Chance auf ein erfolgreiches und unbeschwertes Leben haben.« (zitiert nach der Internetseite des LEAK).

Ist das Volksbegehren verfassungswidrig?

Nun könnte ein unbefangener Beobachter vermuten, dass dem Senat dieses auf die gesellschaftlichen Erfordernisse bezogene Engagement von Bürgern sehr recht ist. Schließlich sind die Möglichkeiten der direkten Beteiligung des Volkes an der Ausgestaltung der Lebensverhältnisse vor nicht langer Zeit mit dem Instrument des Volksbegehrens neu geregelt worden. Was macht der Senat nun angesichts des klaren Auftrags der UnterzeichnerInnen? Er tituliert das Volksbegehren als verfassungswidrig, da mit der Durchsetzung der Ziele unzulässigerweise in das Haushaltsrecht des Parlaments eingegriffen würde und außerdem die Tarifautonomie in der Frage der Gestaltung der Arbeitszeiten und -inhalte der ErzieherInnen tangiert wäre!

Ein Senat, der Tarifverhandlungen nur so lange ernst nimmt, wie die Forderungen nicht seine Bereitschaft, Almosen zu zahlen, übersteigt, hat kein Recht darauf, sich auf das hohe Gut der Tarifautonomie zu berufen.

Ein Senat, der die Ausübung direkter Demokratie nur dann akzeptiert, wenn die Forderungen seinen eigenen Planungen entsprechen, ist vom Volk meilenweit entfernt. Der LEAK muss jetzt vor das Berliner Verfassungsgericht gehen und wird dafür alle nötige Unterstützung erhalten.

OFFENER BRIEF : FRÜHKINDLICHE BILDUNG VERBESSERN

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Abgeordneter,
die GEW BERLIN fordert Sie auf, sich für die Verbesserungen der Rahmenbedingungen in den Berliner Kindertagesstätten einzusetzen.
Das Land Berlin hat in der Qualitätsentwicklungsvereinbarung (QVTAG) wichtige pädagogische Ziele für die frühkindliche Bildung festgeschrieben. Vor einem Jahr führte die GEW BERLIN unter den ErzieherInnen freier und öffentlicher Träger eine Befragung durch mit dem Ziel, von den Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis eine Einschätzung zur Umsetzbarkeit der QVTAG unter den gegebenen Rahmenbedingungen zu erhalten. 1.294 ErzieherInnen beteiligten sich.
Die Auswertung zeigte deutlich, dass die anspruchsvollen Ziele der QVTAG unter den derzeitigen Bedingungen nicht erreicht werden können: Wichtige Elemente des BBP wie Beobachtung, Dokumentation, Elterngespräche, Vor- und Nachbereitung und Reflexion der pädagogischen Arbeit sowie Arbeit mit dem Sprachlerntagebuch und Sprachförderung sind nicht in der angestrebten Qualität umsetzbar. Zusätzliche Zeit wird auch benötigt, um den ErzieherInnen die Aneignung notwendiger Instrumente und Methoden für die Umsetzung des BBP und anderer Inhalte zu ermöglichen. Die Kurzfassung legen wir Ihnen als Anlage bei.
Wenn man die Ziele des Berliner Bildungsprogramms ernst nimmt (und die GEW BERLIN tut das), dann muss man auch für eine Personalausstattung der Kitas sorgen, die diese Ziele erreichen lässt. Ohne zusätzliche Mittel ist das nicht möglich! Die GEW BERLIN fordert deshalb, dass für eine vollbeschäftigte Erzieherin innerhalb ihrer Arbeitszeit mindestens fünf Stunden pro Woche für Vor- und Nachbereitungszeiten, Elternarbeit, Austausch im Team, Beobachtung und Dokumentation zur Verfügung gestellt werden. Damit dies nicht zulasten der Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder geht, muss ein entsprechender Personalausgleich erfolgen. Auf gleiche und ähnliche Forderungen haben sich auch das Berliner Kitabündnis und der Landeselternausschuss mit ihrem Volksbegehren verständigt.
Die ErzieherInnen in den Berliner Kindertagesstätten sind engagiert und hoch motiviert. Sie wollen nicht, dass das BBP nur eine bildungspolitische Absichtserklärung bleibt; sie wollen es in der Praxis umsetzen! Daher bitten wir Sie: Unterstützen Sie die Forderungen der GEW BERLIN. Nutzen Sie Ihren politischen Rahmen, damit aus der Absicht, gerade die frühkindliche Bildung und Erziehung zu verbessern, endlich Wirklichkeit werden kann!

Fenster auf und tief Luft holen

Frische Luft für frisches Denken

FOTO: PR-ARCHIV

von Manfred Triebe, AG Arbeits- und Gesundheitsschutz

Frische Luft fördert frisches Denken – wer würde dem widersprechen? Viele Menschen in einem Raum verbrauchen Sauerstoff und produzieren CO^2. Auch dies ist eine Binsenweisheit, besonders für Schulen, wo teilweise über 30 junge Menschen ihre Unterrichtsstunden in ungefähr 180 m^3 Luft verbringen. Befindlichkeitsstörungen treten bereits bei einem CO^2-Wert von 1000 ppm auf. Ab 1500 ppm muss mit Wahrnehmungsstörungen gerechnet werden. Die Wahrnehmungsstörungen werden begleitet von Störungen der Auge-Hand-Koordination, Aufmerksamkeitsstörungen, Konzentrationsabbau, Denkstörungen, Antriebsstörungen und Veränderungen im sozialen Verhalten.

Diese an sich banalen Erkenntnisse wurden jetzt in einer Untersuchung des Bremer Instituts für interdisziplinäre Schulforschung wissenschaftlich untermauert. Verdienstvoll an der aktuellen Bremer Untersuchung ist vor allem der Aufweis eines signifikanten Zusammenhanges zwischen hohem CO^2-Gehalt der Luft und Ermüdung mit all den oben geschilderten Konsequenzen. Ermüdung wird in der Untersuchung definiert als »eine reversible Abnahme der Leistungsfähigkeit infolge einer Belastung, die die individuelle Dauerleistungsgrenze überschreitet. Durch Erholung stellt sich ein definierter individueller Leistungsgrad wieder her«. Ihre Aussagen untermauerten die Wissenschaftler durch Unterrichtsbeobachtungen, kontinuierliches Messen der Herzfrequenz von SchülerInnen und Lehrkräften, Lärmmessungen und Reaktions- und Aufmerksamkeitstests. Die Herzfrequenz gilt als Indikator für Ermüdung, Ermüdung wiederum erzeugt Unruhe. Die Wissenschaftler nennen dies etwas spröde dysfunktionale Aktivitäten der Schülerinnen und Schüler. Jede Kollegin, jeder Kollege weiß, was man konkret darunter zu verstehen hat. Die Lärmmessungen belegten die Folgen dieser dysfunktionalen Aktivitäten. Reaktions- und Aufmerksamkeitstests bewiesen die Erholfunktion von kurzen Pausen und guter Luft.

Klassenräume müssen regelmäßig gelüftet werden.

FOTO: IMAGO/SVEN SIMON

Die Problemlösung ist denkbar einfach: Es wird regelmäßig gelüftet, der Luftaustausch bringt die CO^2 Konzentration wieder deutlich unter 1000 ppm, Ermüdungserscheinungen verschwinden und es kann kreativ weitergearbeitet werden. Nun gibt es gerade in Berlin mit seiner maroden Bausubstanz an vielen Schulen das Problem, dass sich Fenster nicht öffnen lassen, weil sie dabei aus ihren Rahmen fallen würden, oder dass es Schulen gibt, denen man baulich von vornherein auf ein problemloses Öffnen der Fenster verzichtet hat. Diese Fenster können zum Beispiel nur angekippt werden. Mit angekippten Fenstern kann aber kein wirksamer Luftaustausch erreicht werden. Regelmäßig berichtet das Arbeitsmedizinische Vorsorgezentrum (AMVZ) in seinen Jahresberichten von maroden, nicht ohne Unfallgefahren zu öffnenden oder lediglich zu kippenden Fenstern.

Personalräte können da Abhilfe schaffen. Über ihr Initiativrecht können sie die Reparatur defekter oder baufälliger Fenster als Maßnahme zur Vermeidung »sonstiger Gesundheitsschädigungen« beantragen. Wichtig ist, dass der Antrag konkret auf die Bedingungen einer bestimmten Schule hin formuliert wird.

Sind die Fenster in Ordnung oder repariert, das heißt, kann man eine Querlüftung durchführen, muss man nur noch den Empfehlungen der Bremer Forscher folgen und die lauten:

- morgens vor Beginn des Unterrichts 5 Minuten
- nach 20 Minuten 2 bis 3 Minuten
- nach Halbzeit einer Doppelstunde 5 Minuten
- nach jeder großen Pause 5 bis 10 Minuten

Wer Näheres über die Untersuchung wissen will, kann sich über http://presse.uni-bremen.de/six-cms/detail.php?id=1556 informieren. Über http://www.luk-nds.de/Presse/frische-luft.htm kann man sich neben der Information ein kleines Video aus der Untersuchung ansehen.

Das lärmende Klassenzimmer

Über Raumakustik und wie man sie verbessern kann

von Tobias Kirchner, Akustiker

Seit unzähligen Jahren wird die Akustik in Klassenzimmern studiert, gemessen, analysiert, parametrisiert und kalkuliert. Foren, Kongresse und Tagungen werden abgehalten, um das Thema immer und immer wieder vorzustellen, teils mit vielen neuen Erkenntnissen, teils aber auch mit alten, wohlbekannten Problemen. Und als Ergebnis wird immer wieder festgestellt, dass in vielen Schulen etwas getan werden muss. Was aber ist das Problem in Klassenzimmern?

Die an die Gruppenarbeit gebundenen Gespräche und Diskussionen führen zu erheblich höheren Lärmpegeln, als dies bei Frontalunterricht üblich ist. Durch hohe Lärmpegel entsteht ein weiteres, in der heutigen Zeit weit verbreitetes Problem – Stress, der zu einem erheblichen Teil durch Lärm in unserem (Arbeits-) Umfeld geprägt ist. Somit rückt die Betrachtung vom Lärm am Arbeitsplatz immer mehr in den Vordergrund und wird von Medizinern, Pädagogen und Akustikern verstärkt untersucht. Jüngste Studien belegen, dass sich die Lärmpegel im Klassenzimmer nicht nur auf Stress und Konzentrationsvermögen auswirken. Neben diesen psychischen Belastungen sind physiologische Auswirkungen festgestellt worden, zum Beispiel Strapazierung der Stimmbänder oder eine erhöhte Herzfrequenz. Die gleichzeitige Messung von Herzfrequenz und Schalldruckpegel im Klassenzimmer konnte zeigen, dass diese größtenteils korrelieren, das heißt, die Herzfrequenz steigt mit zunehmendem Lärmpegel und fällt mit abnehmendem Lärmpegel im Klassenzimmer. Wie beeinflusst man aber die Schalldruckpegel im Klassenzimmer? Wer täglich mit Problemstellungen aus dem Bereich der Akustik arbeitet, lernt sehr schnell, dass die effektivste Lärmbekämpfung immer noch durch die Dämpfung der Schallquelle erreicht wird. Dies gilt auch für unsere Klassenzimmer. Was sind jedoch dort die Lärmverursacher? Die Frage lässt sich sehr leicht beantworten: Schüler und Lehrer.

Vielen Lehrenden ist es sicherlich bereits aufgefallen, dass es einen Zusammenhang zwischen Lautstärke der eigenen Stimme und dem Umgebungsgeräusch im Klassenraum gibt. Sind die Schüler leise, spricht auch der Lehrende leiser; umgekehrt gilt: sind die Schüler lauter, wird die Stimme des Lehrers automatisch auch lauter. Diesen psychoakustischen Effekt nennt man Lombard-Effekt, der nicht nur im Klassenzimmer, sondern auch in vielen anderen Lebenssituationen auftritt. Betrachtet man nun mit diesem Wissen das Verhalten der Schüler, so versteht man leicht, dass diese immer lauter werden, je lauter deren Umgebung ist. Dies schaukelt sich weiter auf, bis es jemanden gelingt, auf die eine oder andere Weise den Lärmpegel im Raum zu verringern. Vor allem kann man dies bei den Jüngsten betrachten. Wer kennt nicht die lärmende Umgebung, die in vielen Kitas vorherrscht.

Laute und leise Räume

Klar ist, dass die Anzahl der gleichzeitig »aktiven Lärmquellen«, sprich gleichzeitig sprechenden Personen, den Lärmpegel beeinflusst. Sprechen gleichzeitig zwei Personen, ist dies natürlich lauter, als wenn nur eine Person spricht. Unter der Voraussetzung, dass diese Personen gleich laut sind, kann man rein rechnerisch eine Pegelerhöhung um drei Dezibel feststellen. Würden gleichzeitig drei gleich laute Personen sprechen, so wären eine Schalldruckpegelerhöhung von fünf Dezibel gegenüber einer einzelnen Person zu verzeichnen.

Sicherlich ist es den meisten auch aufgefallen, dass es »laute« und »leise« (Klassen-) Räume gibt. Die Ursache liegt darin, dass der im Raum »hörbare« Pegel durch die Halligkeit des Raumes verstärkt wird. Würde man die Schüler zu sich nach Hause einladen, in das vollständig möblierte Wohnzimmer, das auch noch mit Teppichen vollgestopft ist, würde der Lärmpegel sofort viel geringer ausfallen als im schallharten Klassenzimmer. Die Akustiker sprechen hier von »streuenden« oder »absorbierenden« Flächen. Räume mit vielen solcher Flächen weisen allgemein geringere Schalldruckpegel auf. Diese Erkenntnisse haben sich bei der Konzeption von Klassenräumen durchgesetzt. In vielen Schulneubauten werden sogenannte »Akustikdecken« eingebaut. Diese sind ganz allgemein abgehängte Mineralwolle-, Holzwolle- oder aber perforierte Gipskartonplatten. Dringt Schallenergie in diese Materialien ein, wird die Energie in andere Energieformen umgewandelt, das heißt absorbiert. Damit können die Lärmpegel effektiv gesenkt werden. Ähnliche schallabsorbierende Maßnahmen werden auch an Wandflächen eingebaut, im einfachsten Fall durch die Wahl von Fenstervorhängen oder Gardinen. Ein nachträglicher Einbau solcher Akustikdecken ist sicherlich mit einigen Kosten verbunden. Betrachtet man aber die verringerte physiologische und psychische Belastung des Lehrpersonals und der Schüler, die geringere Krankheitsrate und das höhere Konzentrationsvermögen und die daran gekoppelten erhöhten Lernerfolge, so sollte der volkswirtschaftliche Gewinn diesen Kosten gegenübergestellt werden.

Es gibt leider keine mir bekannte Untersuchungen darüber, inwieweit die Ergebnisse von Studien wie der PISA-Studie einerseits und die äußeren Bedingungen (Größe der Klassenzimmer, Ausstattung, Raumakustik) andererseits miteinander verbunden sind. Auf jeden Fall wird deutlich, dass das Hinzuziehen eines Akustikers weitaus bessere Lern- und Arbeitsvoraussetzungen schafft. Das Problem der Verringerung des Lärmpegels in den Klassenräumen ist nicht nur auf die Lehrkräfte abzuwälzen. Es müssen optimale raumakustische Bedingungen vorliegen, um den Schulalltag für alle Beteiligten attraktiver und erfolgreicher zu gestalten.

Am 9. Oktober veranstaltet der VDI-Arbeitskreis »Akustik, Lärmschutz und Schwingungstechnik« der Region Berlin-Brandenburg dazu eine Expertenrunde zum Thema »Klassenraumakustik«.

Weitere Informationen und Anmeldung auf http://vdi.rahe-kraft.de

FOTO: IMAGO/IMAGEBROKER

Allgemeine Erklärung

Vor 60 Jahren, am 10. Dezember 1948, verabschiedete mit der Resolution 217 A (III) den ersten Wir dokumentieren die

Präambel
Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,

- da die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen, und da verkündet worden ist, dass einer Welt, in der die Menschen Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not genießen, das höchste Streben des Menschen gilt,
- da es notwendig ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht gezwungen wird, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen,
- da es notwendig ist, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern,
- da die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern,
- da die Mitgliedstaaten sich verpflichtet haben, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen auf die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinzuwirken,
- da ein gemeinsames Verständnis dieser Rechte und Freiheiten von größter Wichtigkeit für die volle Erfüllung dieser Verpflichtung ist,

verkündet die Generalversammlung

diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung vor diesen Rechten und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende nationale und internationale Maßnahmen ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Einhaltung durch die Bevölkerung der Mitgliedstaaten selbst wie auch durch die Bevölkerung der ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebiete zu gewährleisten.

Artikel 1
Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2
Jeder hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.
Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden aufgrund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebiets, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.

Artikel 3
Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Artikel 4
Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten.

Artikel 5
Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Artikel 6
Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.

Artikel 7
Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.

Artikel 8
Jeder hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, durch die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzt werden.

Artikel 9
Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.

Artikel 10
Jeder hat bei der Feststellung seiner Rechte und Pflichten sowie bei einer gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Beschuldigung in voller Gleichheit Anspruch auf ein gerechtes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht.

Artikel 11
Jeder, der wegen einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat das Recht, als unschuldig zu gelten, solange seine Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.
Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem oder internationalem Recht nicht strafbar war. Ebenso darf keine schwerere Strafe als die zum Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung angedrohte Strafe verhängt werden.

Artikel 12
Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

Artikel 13
Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.
Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.

Artikel 14
Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen. Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich aufgrund von Verbrechen nichtpolitischer Art oder aufgrund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.

Artikel 15
Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.
Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.

der Menschenrechte

die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO) weltweit geltenden Menschenrechtskatalog. dreißig Artikel der Erklärung.

Artikel 16
Heiratsfähige Frauen und Männer haben ohne Beschränkung aufgrund der Rasse, der Staatsangehörigkeit oder der Religion das Recht zu heiraten und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte.
Eine Ehe darf nur bei freier und uneingeschränkter Willenseinigung der künftigen Ehegatten geschlossen werden.
Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

Artikel 17
Jeder hat das Recht, sowohl allein als auch in Gemeinschaft mit anderen Eigentum innezuhaben.
Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

Artikel 18
Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.

Artikel 19
Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Artikel 20
Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen.
Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören.

Artikel 21
Jeder hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken.
Jeder hat das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern in seinem Lande.
Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muss durch regelmäßige, unverfälschte, allgemeine und gleiche Wahlen mit geheimer Stimmabgabe oder in einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen.

Artikel 22
Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.

Artikel 23
Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.
Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.
Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.
Jeder hat das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

Artikel 24
Jeder hat das Recht auf Erholung und Freizeit und insbesondere auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen bezahlten Urlaub.

Artikel 25
Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.
Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche wie außereheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

Artikel 26
Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum Mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muss allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offenstehen.
Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.
Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.

Artikel 27
Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.
Jeder hat das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihm als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

Artikel 28
Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

Artikel 29
Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist.
Jeder ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.
Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.

Artikel 30
Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, dass sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.

Quelle: Übersetzungsdienst des UN High Commissioners for Human Rights (Stand: 13.3.2008) http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm

Die Stimme im Unterricht

Tipps für eine ökonomische Atem- und Stimmführung

FOTO: PRIVAT

von Anne Feuker, Dipl. Sprecherin/Sprecherzieherin in Berlin

Lehrkräfte sind im Berufsalltag einer Reihe von stimmbelastenden Faktoren ausgesetzt. Die Beherrschung einer ökonomischen Atem- und Stimmführung ist deshalb für sie von existenzieller Bedeutung. Trotzdem wird die Notwendigkeit einer gesunden Sprechweise in der Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen kaum berücksichtigt. So ist es nicht verwunderlich, dass Studien zufolge bei über 50 Prozent der Unterrichtenden eine funktionelle Stimmstörung vorliegt und 60 Prozent der Lehrer einmal im Leben an einer Stimmstörung erkranken. Dies kann durch die Kenntnis und Anwendung einfachster Stimm- und Sprechtechniken vermieden werden.

Die persönliche Stimme

Jeder Mensch hat seine persönliche Sprechstimmlage (Indifferenzlage), in der die Stimmlippen (im Volksmund: Stimmbänder) mühelos schwingen. Es entsteht mit wenig Energieaufwand ein resonanzreicher Klang, der besonders modulationsfähig und »raumwirksam« ist. Es handelt sich hierbei nicht um einen einzigen Ton, sondern um einen Sprechtonbereich. Auf Zuhörer wirken Stimmen in der Indifferenzlage angenehmer und überzeugender als überhöhte Stimmen.

Die häufigste Ursache für Stimmprobleme ist zu hohes Sprechen, denn die überhöhte Sprechstimme führt zu einer Überspannung der Stimmlippen. Bei Nervosität, Sprechängstlichkeit (Lampenfieber), beim lauten Sprechen, beim Vorlesen und im Gespräch mit kleinen Kindern, tritt sie unnötigerweise auf.

So finden Sie Ihre individuelle Sprechstimmlage: Sitzend oder stehend wird bei geschlossenem Mund und unter Kopfnicken ein leichtes »hmmm« gebrummt. Sie haben Ihren Sprechtonbereich gefunden, wenn der Ton beim mehrmaligen Wiederholen immer in der gleichen Tonhöhe erklingt. Sprechen Sie nun aus diesem Brummen heraus eine Anrede, wie z.B. »Meine Damen und Herren, ...« Die Atmung sollte beim Sprechen ökonomisch eingesetzt werden. Die beste Atmung ist die, die nicht störend auffällt. Außerdem kann die Atmung bewusst als Hilfe für den Abbau von Lampenfieber und muskulären Fehlspannungen genutzt werden.

Die Sprechatmung

Fast alle Vorgänge innerhalb unseres Körpers sind an die Atmung gekoppelt. Desto konstanter der Ausatemstrom während des Sprechens geführt wird, umso besser werden Klang, Resonanz und Tragfähigkeit der Stimme sein.

Für den Sprechvorgang ist die kombinierte Bauchatmung anzustreben: Atembewegungen sind vor allem im Bauchraum und zum Teil im Brustbereich spürbar. Wenn Sie Atembewegungen im Rücken wahrnehmen (zum Beispiel in den Flanken) ist das ebenfalls ein sehr gutes Zeichen. Vermeiden Sie das Heben der Schultern während der Einatemphase!

Machen Sie die folgende Übung und erfahren Sie, dass die Atembewegung in fast allen Regionen Ihres Körpers spürbar ist. Legen Sie sich bequem auf den Rücken, die Hände auf den Bauch. Nun schließen Sie die Augen und entspannen Sie sich. Spüren Sie in sich hinein: Wo ist Bewegung? Beobachten Sie Ihren Atem, ohne aktiv einzugreifen:

- Sie lassen den Atem kommen.
- Sie lassen den Atem gehen
- ...und Sie warten, bis der Atem von allein wieder entsteht.

Nehmen Sie Ihren persönlichen Atemrhythmus und das harmonische Zusammenspiel zwischen dem Atemgeschehen und Ihrer Bauchdecke wahr. Achtung: Der Schulterbereich bleibt ruhig!

Hilfe bei Stimmproblemen

Stimmerkrankungen kündigen sich meist durch eines oder mehrere Symptome an. Stellen Sie sich folgende Fragen: Muss ich mich oft räuspern? Springt meine Stimme erst nach dem Räuspern an? Habe ich öfter ein störendes Kratzen im Hals? Fühle ich mich nach einem Unterrichtstag stimmlich müde? Bin ich abends heiser? Ist meine Atmung geräuschvoll? Fällt es mir schwer im Freien jemanden zu rufen? Verändert sich meine Stimmlage, wenn ich zu Kindern spreche? Bin ich heiser ohne gleichzeitige Erkältung?

Wenn Sie diese Fragen mit Nein beantworten haben, gebrauchen Sie Ihr Stimmorgan vermutlich auf gesunde Weise. Wenn Sie die Fragen mit Ja beantwortet haben, sollten Sie sich professionelle Hilfe holen.

In allen Fällen von Stimmproblemen (auch bei Erkältungen und Überanstrengung) hilft die tägliche Stimmpflege: Halten Sie Ihre Schleimhäute feucht: trinken Sie viel (keinen Früchtetee). Halten Sie bei Erkältungen die Halspartie warm. Vermeiden Sie bei Kälte das Sprechen im Freien. Räuspern Sie sich nicht (es schadet den Stimmlippen): Lieber kurz husten, leise summen oder einen Schluck Flüssigkeit trinken. Schonen Sie Ihre Stimme durch exakte Artikulation: Sprechen Sie mit deutlichen Mundbewegungen, um den Kehlkopf zu entlasten. Halten Sie (bei Heiserkeit) Stimmruhe: Sprechen Sie so wenig wie möglich. Flüstern Sie nicht.

Unsere Kehlkopfmuskulatur bewegt sich auch, wenn wir nicht sprechen (zum Beispiel beim Lesen). Für die Stimmpflege bei Heiserkeit bedeutet das, dass der Kehlkopf nur dann zur Ruhe kommt, wenn für die Dauer der Erkrankung alle kommunikativen Situationen gemieden werden. Rauchen Sie nicht. Sorgen Sie im Sitzen und im Stehen für eine aufgerichtete Körperhaltung!

Machen Sie sich bewusst: Ihre Sprechstimme hat großen Einfluss auf die Qualität Ihres Unterrichts, denn Sprecher mit angenehmer und bewegter Sprechweise finden nachhaltig Gehör.

Literaturempfehlungen: Roland W. Wagner, Grundlagen der mündlichen Kommunikation, BVS, Regensburg 1999 / Barbara M. Bernhard, Sprechtraining, öbv&hpt, Wien 2003

ErzieherInnen bleiben doch noch

Protest der GEW BERLIN gegen drohende Entlassungen hatte Erfolg

von der GEW-Bezirksleitung Neukölln

Bei strömendem Regen versammelten sich am 10. Juli 2008 vor der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung am Spittelmarkt zahlreich ErzieherInnen. Sie protestierten gegen die drohende Entlassung von noch 64 bis zum 31. Juli 2008 befristet beschäftigten ErzieherInnen in den Schulen. Im November 2007 hatte die Behörde 90 ErzieherInnen mit Dreiviertelstellen befristet eingestellt, wer wollte, erhielt eine Vertragsverlängerung bis Ende Juli. Außerdem richtete sich die Aktion gegen die Weigerung der Senatsverwaltung, die Aufstockung von weiteren 150 ErzieherInnen nicht über den Termin 31. Juli hinaus zu verlängern. Unverständlich war all das vor allem vor dem Hintergrund, dass der Mangel an ErzieherInnen vorhersehbar war und der errechnete Bedarf bei etwa 280 Stellen lag.

Seit mehreren Monaten hatten GEW BERLIN und der Gesamtpersonalrat die Behörde auf diese Situation aufmerksam gemacht und in Verhandlungen die Weiterbeschäftigung der KollegInnen gefordert, zunächst ohne Erfolg.

Die Behörde stellte sich taub. Schlimmer noch: In den letzten Tagen vor den Ferien erreichte ein Schreiben alle Außenstellen, in dem ein ausgefeiltes Umsetzungskarussell in Gang gesetzt werden sollte – natürlich in den Ferien und damit nicht gerade unter besten Voraussetzungen.

Umsetzungskarussell gestoppt

Bei der Rückkehr aus den Ferien rieben sich dann viele verwundert die Augen, das Umsetzungskarussell war gestoppt, das Umsetzungsschreiben war sang- und klanglos zurückgezogen worden. Darüber hinaus hatte die Behörde alle Teilzeitbeschäftigten angeschrieben und gefragt, ob sie eine Aufstockung auf volle Stelle befristet auf ein Jahr annehmen würden. Die befristet Beschäftigten erhielten die Möglichkeit der Vertragsverlängerung jetzt auf vollen Stellen um ein Schuljahr inklusive der Sommerferien. Hier wurde die Erkenntnis umgesetzt, dass Schulkinder auch in den Ferien sozialpädagogische Angebote brauchen.

Warum nicht gleich so? Hätte man dieses Ergebnis nicht schon Monate früher erreichen können – ohne Unruhe unter den Beschäftigten zu verbreiten über ihre Zukunftsperspektiven, ihre Einsatzorte, ihr Budget. Letztlich wurden auch Eltern, Kollegien und Schulleitungen stark verunsichert.

Das muss zum kommenden Schuljahr besser werden. Denn schon jetzt ist klar, die Entscheidung ist halbherzig, der Bedarf ist unbefristeter Natur. Beschäftigtenvertretungen und GEW BERLIN bleiben dran: Das Ziel ist die Durchsetzung der unbefristeten Beschäftigungen und Aufstockungen der KollegInnen.

KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANZEIGE

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

Auf den Spuren der Anti-AKW-Bewegung

Die Jungen Alten besuchen den Widerstand im Wendland

FOTO: PRIVAT

von Joachim Dillinger, AG Junge Alte

Anfang Juli hatte die Arbeitsgruppe Junge Alte zu einer viertägigen Studienfahrt auf den Spuren der Anti-Atom-Bewegung in den Landkreis Lüchow-Dannenberg eingeladen. Nebenbei lernten wir bei hochsommerlichen Temperaturen auch die touristischen Schönheiten des Wendlands kennen. Ein Badenachmittag am Gümser See und eine Exkursion in den Luftkurort Hitzacker mit Ersteigung des Weinberges brachte den gestressten GroßstädterInnen auch Entspannung und Erholung.

Ein erster Eindruck vom Widerstand gegen das geplante Endlager in Gorleben erhielten wir beim Besuch einer Veranstaltung der Bürgerinitiative Umweltschutz in Lüchow. Dort lernten wird die SeniorInnen der Bewegung kennen, allen voran die alte Dame des Widerstandes, Marianne Fritzen. Ohne den Widerstand dieser und anderer Gruppen vor Ort würde heute vermutlich bereits eine atomare Wiederaufbereitungsanlage für Atombrennstäbe im Wendland stehen.

Sachkundige Experten

Am folgenden Abend waren wir zu Gast auf dem Uni-Campus in Lüneburg, wo junge, mittelalterliche und alte BürgerInnen gemeinsam diskutierten. Wie sich Menschen aus den verschiedensten Studiengebieten und Berufsfeldern zu sachkundigen Experten in atomaren Fragen entwickelt haben, hat uns hier und an allen anderen Orten immer wieder in Erstaunen versetzt. Die auf diesem Forum von Kerstin Rudek vorgestellten vielfältigen Aktionen des Widerstandes gegen die Atomwirtschaft und die geplanten Castortransporte im November zeigten auch noch zögerlichen BürgerInnen Möglichkeiten der Teilnahme auf.

Der Widerstand ist noch sehr lebendig

Die Bürgerinitiative organisierte dann am nächsten Tag für uns eine Busfahrt entlang der Castortransportstrecke. Ein Stopp am Zwischenlager Gorleben brachte uns in die geplante und auch bereits vorhandene Wirklichkeit zurück. Ein Berufsschullehrer, Fachmann für Logistik und Lagerwirtschaft, war hier besonders neugierig.

So erfuhren wir über die Sprechanlage der Pförtnerloge im Besucherzentrum, dass die hinter dem Zaun sichtbare Halle in Leichtbauweise lediglich dem Wetterschutz der dort gelagerten Castoren dient. Auf die Frage nach möglichen Gefahren durch abstürzende Flugobjekte wurde uns mitgeteilt, dass so etwas bisher noch nicht passiert sei. Wir hoffen sehr, dass es auch künftig dabei bleibt.

Der Widerstand gegen die Atomwirtschaft und das geplante Endlager ist in Gorleben und Umgebung immer noch sehr lebendig ist. Der sich vollziehende Stabwechsel zwischen jüngeren und älteren Aktivisten der Bürgerinitiativen zeugt für die Nachhaltigkeit der Bewegung. Das Thema ist weiterhin aktuell und sollte auch in den Berliner Schulen immer wieder Unterrichtsthema sein. Eine gute Gelegenheit bietet sich Ende Oktober: Das Bundesumweltministerium führt vom 30. Oktober bis 1. November in Berlin ein öffentliches Endlager-Hearing durch. Die Teilnahme ist kostenlos. Unter bmu@broschuerenversand.de kann für Schulklassen die Broschüre »Atomkraft: Ein teurer Irrweg« angefordert werden.

DIE ANTI-ATOMKRAFT-BEWEGUNG

In den 1960er Jahren war die friedliche Nutzung der Kernenergie zunächst gesellschaftlich weitgehend akzeptiert, Kernkraftwerke galten als sichere, umweltfreundliche und wirtschaftliche Möglichkeit der Energiegewinnung. Nach dem Beschluss der Bundesregierung zum schnellen Ausbau der Atomenergie im Anschluss an die Ölkrise 1973 wurden die kritischen Stimmen gegen die vermeintlich sichere Nutzung lauter. 1975 kam es zur ersten großen Protestaktion und Besetzung des Bauplatzes des geplanten Atomkraftwerk (AKW) im badischen Wyhl. Der Bau wurde verhindert. 1976 folgten die Proteste gegen das AKW in Brokdorf, den »Schnellen Brüter« in Kalkar 1977 und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Das AKW in Brokdorf wurde gebaut, der Bau der Wiederaufbereitungsanlage war nach den Protesten politisch nicht mehr durchsetzbar. Der großen Protestbewegung in den 70ern und 80ern folgten die Blockaden der Castortransporte. Die Debatte um den Ausstieg aus der Atomenergie bestimmt seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 die Zielrichtung der Anti-AKW-Bewegung. Aktuell wird das Problem der Endlagerung deutlich durch die Vorfälle im Salzbergwerk Asse, bei denen radioaktive Strahlung ausgetreten ist. Auch die Störfälle im AKW Tricastin fördern Ängste und Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen. Risiken werden verharmlost. Die Öffentlichkeit nur mangelhaft informiert. Das Wissen, dass es keine sichere Atomenergie gibt, setzt sich in der Bevölkerung durch. Bei den politisch Handelnden tritt dieses Wissen aufgrund anderer Interessen teilweise in den Hintergrund, wie die neue Debatte um den verzögerten Ausstieg aus der Atomenergie beweist. Deswegen braucht die Anti-AKW-Bewegung gerade jetzt wieder zahlreiche UnterstützerInnen.

Es muss sich was bewegen

Die Lehrbeauftragten der Sprachenzentren fordern höhere Honorare

FOTO: PRIVAT

von Linda Guzzetti, Lehrbeauftragte für Italienisch

An den Sprachenzentren der Universitäten wird zwischen der Hälfte und zwei Dritteln der Lehre von Lehrbeauftragten erteilt. Zum Großteil arbeiten die gleichen DozentInnen über Jahre mit jeweils einsemestrigen Verträgen. In den letzten beiden Semestern hat sich zwar einiges unter den Lehrbeauftragten an den Sprachenzentren der Berliner Universitäten bewegt, aber leider nicht die Honorarhöhe, die 2001 auf Druck der GEW letztmals angehoben wurde auf 21,40 Euro pro Unterrichtseinheit inklusive Vor- und Nachbereitung. Dieser niedrige Honorarsatz und die Regelung, dass man an jeder Universität nicht mehr als acht Semesterwochenstunden arbeiten darf, führen dazu, dass wir Lehrbeauftragten unser Einkommen durch eine Reihe unterschiedlicher Jobs an mehreren Universitäten, Volkshochschulen und privaten Einrichtungen bestreiten müssen.

Die Honorarfrage

Die bisher berlinweit geltenden Vorschriften über die Höhe der Lehrauftragsentgelte in den Hochschulen sind Ende März 2007 ausgelaufen. Wissenschaftssenator Jürgen Zöllner hatte in einem Brief an die Hochschulen angekündigt, dass er die Festlegung der Stundensätze nicht mehr einheitlich regeln, sondern dies den einzelnen Einrichtungen überlassen wolle. Viele KollegInnen an den Sprachenzentren befürchteten, dass sie nun noch weniger bekommen würden als zuvor.

Die GEW organisierte deshalb eine Online-Abstimmung gegen die völlige Freigabe der Honorare mit der Forderung, wenigstens einen Mindestsatz vorzugeben, der von den Hochschulen nicht unterschritten werden darf. Diese Abstimmung und andere Aktivitäten der GEW führten schließlich dazu, dass Ende 2007 neue Ausführungsvorschriften erlassen wurden. Diese sehen eine Mindestsatz von 21,40 Euro vor, was der bisherigen Untergrenze für das Honorar der Lehrbeauftragten mit der Funktion einer Lehrkraft für besondere Aufgaben entspricht.

Die Lehrbeauftragten der Sprachenzentren wollen jetzt eine Erhöhung ihres Honorars durchsetzen, denn der Satz von 21,40 Euro ist lediglich ein Mindestbetrag, kein vorgegebener Regelbetrag. Außerdem haben sich die Preise seit 2001 erheblich erhöht, was bei dem ohnehin geringen Stundensatz noch stärker ins Gewicht fällt. Die Forderungen an den Sprachenzentren der Technischen, der Freien und der Humboldt-Universität, sind dabei ähnlich, aber nicht identisch:

- TU-Forderung: Allgemeinsprachliche Kurse, 28,40 Euro; Fachsprachenkurse 35 Euro
- FU-Forderung: Allgemeinsprachliche Kurse, 28,40 Euro
- HU-Forderung: Allgemeinsprachliche Kurse, 25 Euro; Fachsprachenkurse 28 Euro

Die Forderungen wurden schriftlich erklärt und von der überwiegenden Mehrheit der Lehrbeauftragten unterschrieben. Darauf gab es sehr unterschiedliche Reaktionen der Leitungen der Sprachenzentren und je nach Universität sind verschiedene Instanzen in Spiel gekommen.

FU: Zeitpunkt der Erhöhung ist unklar

Am Sprachenzentrum der FU haben die Lehrbeauftragten eine Vertretung im Geschäftsführenden Ausschuss: Daher konnte ich als Vertreterin unsere Forderungen dort darstellen. Der Geschäftsführende Ausschuss hat diese gutgeheißen, aber beklagt, dass das eigene Budget wenig Spielraum biete und das Sprachenzentrum die Zustimmung der zentralen Instanzen der Uni brauche. Bei einem Treffen mit der Vizepräsidentin erklärte diese, dass die einzelnen Einrichtungen über die Höhe der Honorare frei beschließen könnten. Der Leiter des Sprachenzentrums war dagegen der Meinung, dass ein Beschluss des Präsidiums notwendig sei. Inzwischen hat er aber angekündigt, dass es auch ohne Zustimmung der Zentralverwaltung möglich sei, aus dem Budget des Sprachenzentrums für alle Lehrbeauftragten das Honorar auf 23,50 Euro zu erhöhen. Anfang September war aber noch nicht klar, ob diese Erhöhung tatsächlich schon im Wintersemester gilt.

TU: Noch ist alles im Fluss

An der ZEMS (so heißt das Sprachenzentrum der TU) haben die Lehrbeauftragten eine Vertretung im Beirat. Der Beirat hat sich im Februar 2008 für die Forderung nach höheren Honoraren ausgesprochen und dem Akademischen Senat seine Stellungnahme zugeleitet. Am Anfang des Sommersemesters hat der Akademische Senat mit großer Eile beschlossen, dass die Honorare an der TU nach dem Muster der alten Ausführungsvorschriften des Berliner Senats bezahlt werden. Es wurde aber ein Punkt hinzugefügt: Lehrbeauftragte, die fachsprachliche Kurse leiten, erhalten 29,10 Euro. Dies wurde am Sprachenzentrum der TU schon vorher praktiziert. Die Reformfraktion, die im Akademischen Senat in der Minderheit ist, hat durchgesetzt, dass dieser Beschluss nur für das Sommersemester gilt und alle Bereiche dem Akademischen Senat Angaben über Anzahl und Bezahlung der Lehrbeauftragten vorlegen müssen. Im Juli 2008 hat der Akademische Senat zwar das Thema wieder diskutiert, aber ohne zu einem endgültigen Beschluss zu kommen. Eine Kommission soll bis zum Herbst einen Vorschlag unterbreiten. Die Reformfraktion will über diese

Kommission eine Erhöhung des Minimums und die Bezahlung der für Abschlussprüfungen relevanten Aufgabenkorrekturen durchsetzen.

HU: Eine Antwort steht noch aus

An der Humboldt-Universität haben die Lehrbeauftragten keine Vertretung im Direktorium. Am Ende des Wintersemesters hatte die Direktorin mich als erste Unterzeichnerin des Briefs der Lehrbeauftragen zu einem Treffen eingeladen. Sie hatte sich dabei bereit erklärt zu überprüfen, um welchen Betrag das Honorar der Lehrbeauftragten im Rahmen des Budgets des Sprachenzentrums erhöht werden könnte. Im Sommersemester trug die Leitung einen Vorschlag vor, bei dem die Honorare der Lehrbeauftragten für alle Kurse auf den Niveaus A und B des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens (also für die überwiegende Mehrheit) unverändert bleiben, die Honorare für die Kurse auf Niveau C sowie für die nichteuropäischen Sprachen auf 23 Euro erhöht werden. Da dies völlig unzureichend ist, haben die Lehrbeauftragten des Sprachenzentrums der HU ihre Forderungen in einem Brief an den Vizepräsidenten für Lehre erneuert. Eine Antwort steht bis heute aus.

Zum ersten Mal nach vielen Jahren haben wir Lehrbeauftragten der Berliner Sprachenzentren eine Mobilisierung erlebt. Obwohl es immer schwer ist, große Treffen zu organisieren, da jedeR andere Termine und Unterrichtszeiten hat, gab es an allen drei Sprachenzentren Zusammenkünfte. Die Lehrbeauftragten an den Sprachenzentren merken allmählich, dass durchaus eine Chance besteht, durch eigene Aktivitäten die sehr schlechte Lage in Bezug auf Status und Bezahlung zu verbessern.

In der GEW BERLIN gibt es eine Arbeitsgruppe Lehrbeauftragte. Bei Interesse an der Mitarbeit bitte E-Mail senden an wissenschaft@gew-berlin.de. Weitere Infos unter: http://www.gew-berlin.de/549.htm

Stillstand nach Tarifflucht

Die Berliner Hochschulen tun sich schwer mit ihrer Arbeitgeberrolle

FOTO: PRIVAT

von Matthias Jähne, Hochschulreferent der GEW BERLIN

Wie im Land haben die Beschäftigten der Berliner Hochschulen seit 2004 keine Tariferhöhung mehr erhalten. Eine Ausnahme bildet lediglich die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (FHTW), die 2003 als einzige dem Austritt aus den Arbeitgeberverbänden widerstanden hatte. Alle anderen Hochschulen mussten eigenständige Tarifverträge aushandeln. Da die Hochschulen sich nicht auf gemeinsame Positionen einigen konnten, kam es zu drei Tarifverträgen: 1. Mit der TU, UdK sowie den Fachhochschulen ASFH, TFH, FHW und FHVR. 2. Mit der Humboldt-Universität 3. Mit der Freien Universität. Bei allen Unterschieden im Detail basieren diese Tarifverträge alle auf dem Anwendungs-Tarifvertrag Land Berlin, der eine Absenkung von Arbeitszeit und Einkommen um durchschnittlich 10 Prozent bedeutet.

Inzwischen sagen viele Hochschulleitungen, dass die Tarifflucht ein Fehler war. Denn in den Hochschulen mit sehr flexiblen Arbeitszeiten haben die Tarifverträge vor allem beim wissenschaftlichen Personal nur zu einer Einkommensreduzierung geführt. Die Arbeit wird trotzdem zu 100 Prozent geleistet. Genauso geht es vielen KollegInnen in Technik und Verwaltung. Auch dort hat der massive Stellenbau zu einer erheblichen Arbeitsverdichtung geführt.

Die späte Einsicht der Hochschulleitungen liegt aber vor allem daran, dass sie sich vom Land Berlin völlig allein gelassen fühlen. Das betrifft in erster Linie die Finanzierung. Die Etats der Hochschulen sind über die Verträge bis Ende 2009 festgelegt, mit einer dauerhaften Absenkung der Zuschüsse um 75 Millionen Euro. Alle zusätzlichen Kosten müssen die Hochschulen aus diesen Etats bestreiten. Dazu gehören auch Tarifsteigerungen. Kein zusätzliches Geld vom Land Berlin – keine Tariferhöhung, so die gängige Abwehrformel auf Forderungen nach Übernahme des Tarifabschlusses der anderen Länder. Ob die Unis diese Antwort auch den Energieversorgern oder dem Finanzamt gegeben hat, als Preise und Mehrwertsteuer erhöht wurden? Natürlich nicht! Da wurde vorgesorgt, für die Beschäftigten aber nicht.

Von allein bewegen sie sich nicht

Die Hochschulen schwanken zwischen ihrer gewollten Eigenständigkeit und der Abhängigkeit vom Land Berlin, in die sich aber immer wieder selbst hineinbegeben. Das beste Beispiel sind die Einmalzahlungen von 300 Euro, mit denen Wowereit und sein Senat die Landesbeschäftigen ruhig stellen wollen. Die TU, die UdK und die HU wollen zahlen. Plötzlich reicht das Geld?

Die ganze Gemengelage belastet die Tarifauseinandersetzung mit den Hochschulen, da immer ein Dritter mit am Tisch sitzt. Tarifvertragsparteien für GEW und ver.di sind aber die Hochschulen und nicht das Land Berlin. Die Hochschulen müssen ihre Verpflichtungen erfüllen. Dazu gehören Tarifverhandlungen zur Übernahme des neuen Tarifrechts mit den entsprechenden Einkommensverbesserungen. Die Berliner Hochschulen müssen Anschluss an die Wissenschaftseinrichtungen der Länder und des Bundes erhalten.Von allein bewegen sie sich aber nicht. Es zeigt sich immer deutlicher, dass nur die Beschäftigten vor Ort dies auch durchsetzen können; mit Aktionen und letztlich auch mit Streiks.

Im Oktober wollen die Hochschulleitungen das Ergebnis einer Arbeitsgruppe diskutieren, die eingesetzt wurde, um Tarifverhandlungen mit GEW und ver.di vorzubereiten. Man darf gespannt sein, ob für ihre Beschäftigten endlich die längst fälligen Einkommensverbesserungen kommen.

Das Jahr der Jubiläen

Alice Salomon gründete vor 100 Jahren die Soziale Frauenschule

FOTO: BJÖRN KIETZMANN

von Claudia Wrobel, blz-Redaktion

Die 68er sind wohl die ersten die den meisten einfallen, wenn sie an ein Jubiläum denken, das Studierende 2008 betrifft. Doch gerade in Berlin gibt es zusätzlich noch etliche andere Termine, die dieses Jahr gefeiert werden oder gefeiert werden sollten.

So wurde 1908 die »Soziale Frauenschule« von der Wissenschaftlerin und Frauenrechtlerin Alice Salomon gegründet. Damit gehört die heutige Alice-Salomon-Fachhochschule zu einer der ältesten Schulen für soziale Arbeit weltweit. Die soziale Arbeit als Beruf war damals gerade dabei, sich zu etablieren und Gestalt anzunehmen, sodass sicher auch davon gesprochen werden kann, dass die jetzige ASFH mit ihrer Gründung und der damit fundierteren Ausbildung in diesem Bereich das Bild der sozialen Arbeit mitprägte. Alice Salomon selbst sagte, es gebe keine »verkaufswertige Wissenschaft der sozialen Arbeit«, es war also eine spannende Zeit, in der sich viel entwickelte.

Frauen allenfalls geduldet

Besonders für Frauen entwickelte sich viel, denn 1908 wurden sie in Preußen erstmals offiziell zum Studium zugelassen. Vorher hatten sich einzelne Frauen mit Ausnahmegenehmigungen in der Männerdomäne durchgeschlagen und so den Weg für alle weiteren geebnet, sodass Preußen die Hörsaaltüren 1896 immerhin für Gasthörerinnen öffnete. Die meisten dieser Gasthörerinnen studierten damals an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin (heutige Humboldt-Universität). Doch auch wenn damit schon fast von einer Tradition studierender Frauen dort gesprochen werden kann, so gab es auch nach der offiziellen Zulassung von Frauen zum Studium noch Vorbehalte, weswegen die Friedrich-Wilhelms-Universität auch noch 1908 den Dozenten freistellte, ob sie Frauen in ihren Veranstaltungen akzeptieren. Auch eine Geldspende von 200.000 Reichsmark, die Ottilie von Hansemann der Universität in Aussicht stellte, konnte die Regelung nicht kippen.

Mitspracherecht bei Uni-Gründung

Vierzig Jahre später war erneut eine große Umbruch- und Aufbruchstimmung bei Berliner Studierenden und so wurde am 4. Dezember 1948 aus einer studentischen Initiative heraus die Freie Universität gegründet. Die Gründungsstudierenden wollten sich damit nach zwei Seiten abgrenzen. Einerseits gegen eine Entwicklung in der BRD, die auch deren Hochschulen einschloss, die immer noch geprägt war vom faschistischen Gedankengut. Andererseits gegen die stalinistische Staatsdoktrin, der die Universität Unter den Linden (heutige Humboldt-Universität) ausgesetzt war. Beides wurde als Hemmnis einer freien Wissenschaft an einer freien Hochschule wahrgenommen, die geprägt sein sollte vom Diskurs aller am akademischen Prozess Beteiligten. Das starke Mitwirken der Studierenden bei der Gründung der Freien Universität führte dann auch zum sogenannten Berliner Modell: Studierende saßen mit in den Gremien und hatten somit erstmals Einfluss auf deren Ausrichtung, was nach 1968 auch andernorts übernommen wurde.

UniMutStreik vor zwanzig Jahren

Da das Jubiläum der 68er momentan omnipräsent ist, soll es hier nicht näher behandelt werden, sondern Raum lassen für einen anderen Jahrestag, der selten Erwähnung findet. So legte vor zwanzig Jahren an der Freien Universität der legendäre UniMutStreik den kompletten Lehrbetrieb lahm. Die Studierenden gaben sich Zeit, Raum und Möglichkeit für selbstbestimmtes Lernen in autonomen Seminaren. Aus der freien ist die »(be)freite Uni« geworden und die Studierenden eroberten sich einen Teil ihrer Rechte zurück, für die schon Generationen vor ihnen 1948 und 1968 eingestanden hatten, denn auch wenn die Freie Universität in Sachen Mitbestimmung eine Vorreiterrolle spielte, so war und ist es doch ein ständiger Kampf von studentischer Seite dort und an allen Hochschulen.

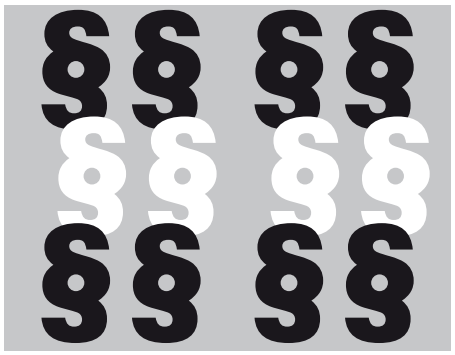
INFORMATIONEN ZUM ANFASSEN UND MITFEIERN

- Ein ausführlicher Artikel zum Thema »100 Jahre Frauenstudium« ist in der blz April/2008.

- Das Magazin der Alice-Salomon-Hochschule Berlin »Alice« Nr. 16/2008 befasst sich eingehend mit dem Jubiläum und gibt einen interessanten Überblick über die Veränderungen der Hochschule in den vergangenen hundert Jahren. Am 23. und 24. Oktober 2008 wird es einen Festakt sowie die Offene Hochschule zum Thema geben, das genaue Programm ist auf der homepage www.asfh-berlin.de unter »100 Jahre ASFH« zu finden.

- Die Freie Universität gibt auf ihrer homepage www.fu-berlin.de einen Einblick in die Geschichte der Hochschule anhand von Porträts von Studierenden des jeweiligen Jahrzehnts, außerdem beschäftigt sich die Ausstellung »Zukunft von Anfang an« im Henry-Ford-Bau (Garystraße 35, 14195 Berlin) mit der Vergangenheit der größten Berliner Universität.

- Beim AStA der FU (Otto-von-Simson-Str. 23, 14195 Berlin) ist das »AStA Magazin 60 Jahre FU – Gegendarstellungen einer freien Universität« erhältlich. Neben neuen Beiträgen zum Jahrestag finden sich Beiträge aus AStA-Publikationen zu den vorherigen Jubiläen.



STEUERLICHE ABZUGSFÄHIGKEIT DES HÄUSLICHEN ARBEITSZIMMERS

Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 wurde unter anderem die Anerkennung der Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer bei Lehrkräften und vergleichbaren Berufsgruppen abgeschafft. Die GEW hat seit Aufkommen der Pläne deutlich gemacht, dass sie die Streichung für verfassungsrechtlich unzulässig hält. Ein Rechtsgutachten bestätigt diese Einschätzung. Unter Verweis auf dieses Gutachten und die anhängigen Verfahren vor verschiedenen Finanzgerichten (auch in Berlin-Brandenburg) haben wir unseren Mitgliedern empfohlen, gegen die Nichtanerkennung im Steuerbescheid Widerspruch einzulegen und zu beantragen, dass das Verfahren bis zum Vorliegen eines endgültigen Urteils ruhend gestellt wird. Dieses wird bisher von den Berliner Finanzämtern abgelehnt. Die GEW BERLIN hat deshalb am 21. August 2008 Finanzsenator Sarrazin aufgefordert, in seinem Geschäftsbereich zu veranlassen, dass ähnlich wie in etlichen anderen Bundesländern die Verfahren ruhend gestellt werden. Die Antwort steht noch aus. Sollte in einzelnen Fällen bereits vor der Entscheidung des Finanzsenators Fristablauf drohen, können Mitglieder über die Landesrechtsschutzstelle der GEW BERLIN entsprechende Musterklageschreiben erhalten (rechtsschutz@gew-berlin.de).

ANZEIGE

Berufsleben und dann?
viaKairos
Orientierungskurse · individuelle Begleitung
für den Übergang in den Ruhestand
Rosmarie Jäger
Dipl. – Päd. · Initiatische Therapeutin
Praxis: Kadettenweg 4 · 12 205 Berlin
Tel.: 812 23 01 · www.viaKairos.de

Darlehen
für Beamte, Angestellte und Arbeiter des ö. D.
Zur Verwendung für:
• Ablösung teurer Altkredite
• Ausgleich des Girokontos
• Hypothekendarlehen
• Nachrangdarlehen
• Umschuldungen
• Barauszahlung
Festzins - niedrige Raten - lange Laufzeiten
Vertrauensvolle zügige Abwicklung
IM & KA GmbH
Warendorfer Str. 57, 48145 Münster
Tel: 0251 - 374 04 91
Fax: 0251 - 374 04 92
Mobil: 0172 - 868 75 42
service@imundka.de
www.imundka.de

KINDERGARTENZUSCHÜSSE STEUERFREI

Zuschüsse zusätzlich zum Arbeitslohn für die Unterbringung und Betreuung nicht schulpflichtiger Kinder in Kitas sind von der Steuer- und Sozialversicherungpflicht befreit. (BW 9/08)

ALLEINERZIEHENDE MÜSSEN NICHT VOLLZEIT ARBEITEN

Alleinerziehenden ist auch dann nicht zwingend ein Vollzeitjob zumutbar, wenn die Kinder ganztags in Kita oder Schule untergebracht sind, entschied der Bundesgerichtshof in einem Grundsatzurteil. Sie müssen sich nicht generell einen Vollzeitjob ab dem dritten Lebensjahr des Kindes suchen, sondern können unter Umständen auch über die gesetzliche Frist hinaus Unterhalt von ihrem Ex-Partner für die Betreuung bekommen, wie aus dem im Juli veröffentlichten Urteil hervorgeht.

PFLICHT ZUR KRANKENVERSICHERUNG

Seit April 2007gilt in Deutschland die Regel, dass die Krankversicherung eine Pflichtversicherung ist. Deswegen wurde ein 60-jähriger, der nach eigenen Angaben ohne Lohn und Unterstützung lebt, von seiner früheren Krankenkasse als Mitglied begrüßt. Gleichzeitig forderte man ihn auf, einen Beitrag von 120 Euro pro Monat zu zahlen. Das Sozialgericht Dresden (AZ S 25KR 653/07/) wies seine Klage dagegen zurück. Ein Verzicht auf die Krankenversicherung sei nicht möglich, gegebenenfalls seien auch Beiträge rückwirkend bis April 2007 rechtmäßig. Der Mann könne aber, falls er erwerbsfähig sei, Arbeitslosengeld II beantragen, ansonsten Sozialhilfe. In beiden Fällen erhalte er kostenlosen Krankenversicherungsschutz (vn11/08)

KINDER GEHEN VOR ARBEIT

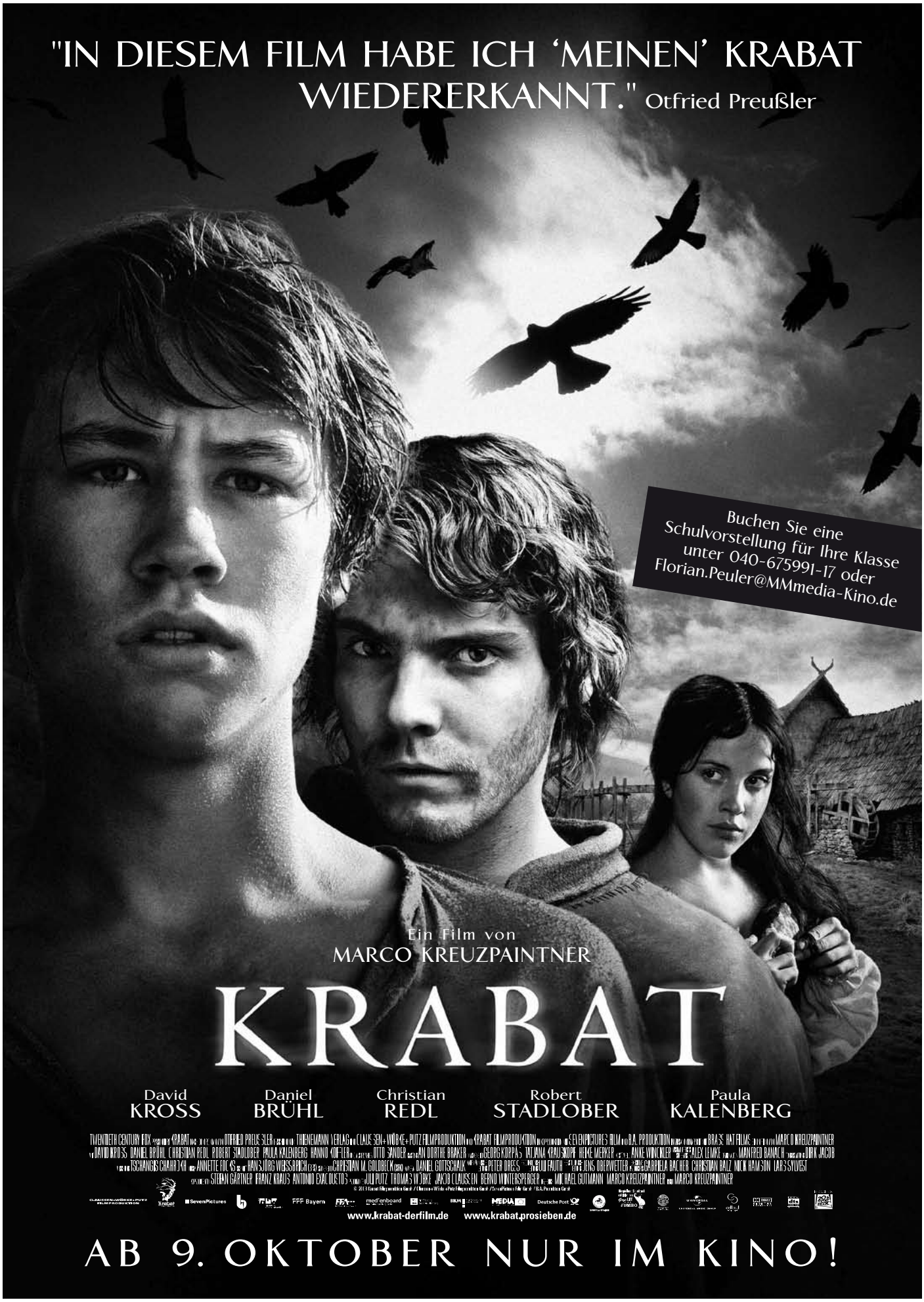
Eltern dürfen notfalls an ihrem Arbeitsplatz fehlen, wenn sie von einem Streik in der Kindertagesstätte betroffen sind. In solchen Fällen müssen Eltern auch keine Gehaltsabzüge fürchten. Nach Paragraf 616 im Bürgerlichen Gesetzbuch haben Betroffene Anspruch auf eine Lohnfortzahlung über zwei bis drei Tage. Allerdings müssen berufstätige Eltern glaubhaft machen, dass sie keine andere Wahl hatten, als sich selbst um ihre Kinder zu kümmern. Als Nachweis sollte man sich den Streik von der Tagesstätte schriftlich bestätigen lassen.

BEZAHLUNG IM PRAKTIKUM

Ein Praktikum ist eine Form der Ausbildung. Wer Praktikanten wie normale Arbeitskräfte einsetzt, muss sie auch entsprechend bezahlen. Eine Praktikumsvergütung von 375 Euro, die einem Stundenlohn von 2,46 Euro entspricht, ist sittenwidrig, wenn der Arbeitgeber den Praktikanten nicht überwiegend zu dessen Ausbildung einsetze, stellte das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg unter Aktenzeichen 5 Sa 45/07 fest. (VN 8/08)

FILME IM UNTERRICHT

Darf eine Kollegin einen auf DVD aufgezeichneten Film, den sie in einem Medien-Markt gekauft hat, im Unterricht ganz oder in Ausschnitten zeigen? Das darf sie, denn eine Vorführung im Rahmen des Unterrichts in einer Klasse oder einem Kurs gilt nicht als öffentliche Vorführung und ist somit erlaubt, wie auch das Bundesjustizministerium feststellt: »Nach der Kommentarliteratur sind Wiedergaben im Schulunterricht innerhalb des Klassenverbandes fast immer nicht öffentlich; Schulversammlungen der ganzen Schule oder größerer Teile davon dagegen in aller Regel öffentlich.« (www.bmj.bund.de)


"IN DIESEM FILM HABE ICH 'MEINEN' KRABAT WIEDERERKANNT." Otfried Preußler
Buchen Sie eine Schulvorstellung für Ihre Klasse unter 040-675991-17 oder Florian.Peuler@MMmedia-Kino.de
Ein Film von
MARCO KREUZPAINTNER
KRABAT
David KROSS
Daniel BRÜHL
Christian REDL
Robert STADLOBER
Paula KALENBERG
www.krabat-derfilm.de
www.krabat.prosieben.de
AB 9. OKTOBER NUR IM KINO!

DIE DRITTE WELT IM ZWEITEN WELTKRIEG

Ein kaum bekanntes Kapitel der deutschen Geschichte

Bei den vorliegenden Unterrichtsmaterialien für den Geschichts- und politischen Unterricht handelt es sich um ein äußerst wichtiges, indes kaum bekanntes Thema, nämlich die Einbeziehung der Menschen fremder Kontinente in die Eroberungsabsichten der Achsenmächte und den gewaltsamen Auseinandersetzungen zu deren Abwehr durch die Alliierten. Die Materialien basieren auf umfangreichen Recherchen, die zum großen Teil in dem im Jahre 2005 in Hamburg erschienenen Buch »Unsere Opfer zählen nicht. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« veröffentlicht worden sind.

Hierin wurde den deutschsprachigen Historikern gezeigt, dass sie auf einem speziellen Gebiet der Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg ins Hintertreffen geraten sind. In kaum einem deutschsprachigen Werk wird auf das Geschehen außerhalb der Hauptkriegsschauplätze in Europa und Ost- bzw. Südostasien eingegangen. Höchstens wird noch auf den »Rommel-Feldzug« in Nordafrika verwiesen, aber ohne die Einbeziehung der arabischen Bevölkerung explizit zum Thema von entsprechenden Untersuchungen zu machen.

In der internationalen Forschung gibt es einige Studien, die sich den »ungezählten Opfern« der zwei großen Weltkriege zuwenden. Gerade in den vergangenen 10 bis 15 Jahren haben es vor allem Historiker aus den »peripheren Kriegsschauplätzen« verstanden, die Frage nach den »farbigen Opfern« zu problematisieren. In der deutschsprachigen Literatur ist die Gewinnung eines Überblicks über den Forschungsstand hingegen viel einfacher, weil es nur wenige solcher Werke gibt.

Wird noch ab und an auf den Einsatz »weißer« australischer, neuseeländischer oder südafrikanischer Soldaten – oft jedoch auch nur am Rande – in den mittlerweile unzähligen militärgeschichtlichen Werken zum Zweiten Weltkrieg eingegangen, so wird die Einberufung sogenannter Kolonialsoldaten zum Kriegsdienst, die aus allen Teilen Afrikas kamen, von Indern und Pazifikinsulanern, von Juden und Arabern aus Palästina, von Mexikanern und Brasilianern, von australischen Aborigines und neuseeländischen Maoris, von Afroamerikanern und Native Americans aus Nordamerika, von indischstämmigen und »farbigen«, jedoch auch »schwarzen« Südafrikanern, weitgehend ignoriert. Hinzu kommen von den kriegsführenden Mächten missbrauchte Zwangsarbeiter und Zwangsprostituierte aus den kolonisierten Gebieten. Da gab es Muslime, Kaukasier, Afrikaner, Inder, die nach entsprechenden »Umerziehungen« auf deutscher Seite kämpfen sollten. Vergessen wird auch oftmals, dass einige der Schlachtfelder in den Regionen lagen, die von kolonisierten Völkern bewohnt wurden und die nach Kriegsende allein gelassen wurden. Die Millionen Kriegstoten und die schweren Schäden durch Kriegseinwirkungen in der Dritten Welt wurden nach 1945 vergessen, verdrängt, missachtet und verschwiegen.

Das Buch und die Unterrichtsmaterialien sind gut illustriert. Da viele der Beiträge aus anderen Veröffentlichungen zusammengestellt wurden, präsentiert der Band keine originären Forschungsergebnisse, sondern ist eine Zusammenstellung derselben.

Es handelt sich zum großen Teil um Zeitzeugengeschichten, aber auch um weitergreifende Analysen.

An dieser Stelle eine Übersicht der behandelten Themen zu geben, ist ob der Fülle interessanter Details schlichtweg unmöglich. Nur einige wenige seien explizit genannt: Insulaner von den Salomonen als Spione der Alliierten, Kolonialsoldaten im Spanischen Bürgerkrieg, afrikanische Soldaten unter britischem und französischem Kommando, »Schwarze« Kriegsgefangene der Deutschen, Terror deutscher U-Boote in Übersee, »nicht-weiße« alliierte Soldaten in den deutschen Konzentrationslagern, arabische Kollaborateure und Hilfstruppen der Nazis, koreanische Zwangsprostituierte der japanischen Armee, philippinische Partisanen, die Indische Legion der Nazis, Zwangsarbeit in Ozeanien.

Es handelt sich also um eine spannende und zumindest in der deutschsprachigen Literatur weitgehend vernachlässigte Thematik, die unbedingt in den historischen und politikwissenschaftlichen Unterricht gehören.

Wie es sich für moderne Unterrichtsmaterialien gehört, enthalten diese auch Verweise auf weiterführende Literatur und Empfehlungen zu relevanten TV- und Radiosendungen. Außerdem sind neben den historischen Fotos auch die Kartenübersichten, Karikaturen, kurze illustrierte Texte, Fragestellungen zu bestimmten Themenkompetenzen und »Hinweise für den Unterricht« für die pädagogische Verarbeitung der Problematik von Nutzen. Es werden Vorschläge zur Unterrichtsgestaltung gemacht, weiterführende Themen erläutert (wie z. B. Kolonialgeschichte, Rassismus, Frauen im Krieg und Judenverfolgung außerhalb Europas) sowie weiterführende Literatur vorgestellt. Auf der beiliegenden CD werden bereits didaktisch ausgearbeitete Unterrichtsmaterialien angeboten sowie in 32 Hörbeispielen aus 13 Ländern Originaltöne mit und ohne deutsche Übersetzung von Zeitzeugen präsentiert. Natürlich befindet sich darauf auch der Text der vorliegenden Publikation.

Die Unterrichtsmaterialien enthalten Hintergrundtexte, historische Quellen sowie Berichte von Zeitzeugen über Folgen des Zweiten Weltkrieges in Afrika, Asien und Ozeanien. Fotogalerien, Karten und persönliche Erinnerungen von Kriegsteilnehmern erleichtern den Einstieg ins Thema.

Die Materialien sind nicht nur im Geschichtsunterricht verwendbar, sondern auch in Fächern wie Politik, Sozialkunde, Philosophie, Ethik, Geografie und Religion. Damit können sowohl einzelne Stunden als auch Unterrichtsreihen und fächerübergreifende Projektwochen gestaltet werden.

Ulrich van der Heyden

Rheinisches JournalistInnenbüro/Recherche International (Hrsg.): Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg. Unterrichtsmaterialien zu einem vergessenen Kapitel der Geschichte, Köln 2008, 224 S. & CD, 12 Euro. Bestelladresse: Recherche International e.V./Rheinisches JournalistInnenbüro, Merowingerstr. 5-7, 50677 Köln, E-Mail: karl.roessel@rjb-koeln.de

JUGEND ZWISCHEN ISLAM UND ISLAMISMUS

Was die Jugend so treibt, ist für viele Erwachsene und eben auch für Lehrkräfte oft sehr undurchsichtig. Das gilt erst recht, wenn die Jugendlichen einen nichtdeutschen Hintergrund haben und gar noch Muslime sind. Der Streit um die Kopftuchträgerinnen zeigt, dass es auf schwierige Fragen oft keine einfachen Antworten gibt. Und dass man Informationen benötigt, um diese Antworten zu finden.

»Über drei Millionen Muslime leben in Deutschland. Und hundertausende Kinder und Jugendliche mit einem muslimischen Hintergrund besuchen unsere Schulen. Der Islam ist damit fester Bestandteil der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Er ist Alltag und Normalität«, stellen die Herausgeber Sanem Kleff und Eberhard Seidel in ihrem Vorwort fest. Gleichzeitig verunsichere der Islam jedoch und wecke Ängste vor Überfremdung, Kulturkampf und gewaltbereitem Extremismus – manchmal unbegründet, manchmal durchaus berechtigt, so die Herausgeber von der Initiative Schule ohne Rassismus.

Schule ohne Rassismus führt schon seit längerer Zeit Dialogveranstaltungen zum Thema »Islam und ich« für Jugendliche durch und Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte. Die Broschüre über »Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus. Lifestyle, Medien und Musik« ist also ein weiterer Baustein zur Verständigung in unserer Gesellschaft.

Wer sich von seinem Istanbul-Besuch eine Musik-CD mitbringt, sollte aufpassen, dass er oder sie nicht den in der Türkei inzwischen sehr populären Islam-Pop erwischt, der aufruft zu einem islamischen Lebensstil und zur Preisung Gottes. Manches ist harmlos, manches weniger. Aber wenn man liest, dass der ägyptische Prediger Amr Khaled es schafft, 10.000 überwiegend junge Besucher zu einem Vortrag in die Gruga-Halle in Essen zu bringen, ist das schon der Beachtung wert. Denn trotz seines moderaten Auftretens zählt Khaled für viele Beobachter zum weiteren Umfeld der islamistischen Muslimbruderschaft. Das gilt ähnlich für Fethullah Gülen, einen einstmals staatlichen Prediger, der nicht nur Tageszeitungen, Fernseh- und Radiosender in der Türkei besitzt, sondern im Laufe der letzten Jahre auch ein internationales Netz von Schulen und Universitäten errichtet hat. Auch in Berlin wird das Privatgymnasium Tüdesb in Spandau mit ihm in Verbindung gebracht. Ähnlich wie die hiesige Diskussion in den 80er Jahren über die »Sekundärtugenden« wird man auch bei den islamischen Predigern und Aktivisten genauer nachfragen müssen, was sich hinter ihrer Ablehnung von Drogen, oberflächlichen Vergnügungen, liberaler Sexualität und anderen »Versuchungen« verbirgt.

Die Broschüre bringt eine Fülle von Informationen über das Umfeld muslimischer Jugendlicher, von den angesagten Klamotten über die angesagte Musik bis hin zu den wichtigsten Organisationen und Vereinen und die zahlreichen Medienangebote: Auch hier erfreuen sich die Internetforen immer größerer Beliebtheit. Zum Beispiel das Portal waymo.de, das seit 2007 online ist. Ähnlich wie youtube und StudiVZ aufgebaut, spiegelt sich in den Beiträgen das ganze konservative Spektrum der islamischen Jugend in Deutschland. Neben Koranrezitationen und Predigten gibt es auch Fernsehreportagen über den Islam und Muslime in Deutschland. Innerhalb der ersten drei Wochen nach dem Start soll dieses Portal über eine Million Seitenaufrufe gehabt haben.

Eine informationsreiche und gut geschriebene Broschüre, die zudem auch noch sehr ansprechend bebildert ist.

Klaus Will

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hrsg.): Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus. Lifestyle, Medien und Musik: DIN A-4-Broschüre, 60 Seiten, 77 farbige Abbildungen. Bezug über: SOR-SMV, Ahornstraße 5, 10787 Berlin oder über www.schule-ohne-rassismus.org Einzelexemplare kosten 3 Euro plus 1,50 Versandkosten, 10 Exemplare kosten 25 Euro plus 7 Euro Versandkosten.

NEUES GEW-FACHBUCH FÜR KINDERTAGESSTÄTTEN

Das Bildungsbuch, die von der GEW entwickelte Methode zur Beobachtung und Dokumentation von Bildungsprozessen in Kindertageseinrichtungen, bewirkt vor allem eines: Die Kinder spüren, wie sie wachsen, wie sie selbst Anteil an ihrer eigenen Entwicklung haben und welche Ziele sie erreichen.

Die Methode ist deshalb so erfolgreich, weil die Bildungsdokumentation sehr konsequent gemeinsam mit den Kindern erarbeitet wird. Sie greift den Gedanken auf, dass Bildung im einzelnen Kind erwächst, es »Akteur seiner selbst« ist. Es handelt sich nicht um ein Hilfsmittel, mit dem Erzieherinnen ihre Beobachtungen systematisieren und aufzeichnen. Das Bildungsbuch ist ein Instrument des Dialogs. Die Erzieherin ist Partnerin im Dialog, Moderatorin des Bildungsprozesses des Kindes.

Nachdem die GEW bereits 2004 das Fachbuch »Bildung sichtbar machen. Von der Dokumentation zum Bildungsbuch« herausgegeben hat, das auf große Resonanz gestoßen ist, folgt mit »Das Bildungsbuch. Dokumentieren im Dialog« eine zweite Veröffentlichung. Es erscheint im Oktober 2008 im Verlag »Das Netz« und ist zum Preis von 16,90 Euro zu beziehen. GEW-Mitglieder können das Buch zum Sonderpreis von 7 Euro in der Geschäftsstelle der GEW BERLIN abholen.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg): Das Bildungsbuch. Dokumentieren im Dialog. Verlag Das Netz 2008.

Olympische Nachwehen

von Gabriele Frydrych

Goldener Herbst, und noch immer bin ich aufgewühlt von den Olympischen Sommerspielen. Immerhin haben sie mich beinahe meine Beziehung gekostet, weil ich Tag und Nacht vorm Fernseher saß. Angeblich nur, um locker bekleidete Männer zu begaffen. Obwohl ich ständig zwischen den Öffentlich-Rechtlichen und Euro-Sport hin- und her zappte, verpasste ich das Synchronschwimmen. Dabei gibt es nichts Lustigeres! Warum machen eigentlich Männer kein Wasserballett? So ein paar kräftige, behaarte Waden, die aus dem Wasser winken, fände ich hinreißend. Auch beim Bodenturnen sind Männer klar benachteiligt. Sie müssen sich ohne Musik in die Luft schrauben und aus fünf Metern Höhe auf die Matte klatschen. Die Mädels dagegen dürfen bei ihren Zirkusnummern russische Folklore hören. Mit den fünffachen Saltos hat die Begleitmusik zwar wenig zu tun, kaschiert aber das Stöhnen und die knackenden Knochen der Turnerinnen. Und warum dürfen die Jungs nicht mit auf den Schwebebalken oder in die rhythmische Sportgymnastik? Ein trainierter Knabe mit ein paar Bändern und Fähnchen garniert ist doch lecker. Apropos Körper. So viele Deformationen sah man selten auf einem Haufen: Schwimmer, denen die Rückenmuskeln bis nach vorn durchs Trikot drängten. Gewicht hebende Fleischberge, deren Nacken breiter als der Schädel war und die ständig unter akuten Presswehen litten. Man hatte richtig Angst, dass ihnen beim Stemmen die Augen aus dem Kopf treten. Den Männern und Frauen vom Hammerwerfen möchte ich lieber nicht im Dunkeln begegnen. Dann eher den turnenden Zwergen weiblichen Geschlechts, die jede Übung mit einem krankhaften Hohlkreuz beendeten. Wo war bloß der Orthopäde vom Dienst? Vermutlich voll ausgelastet mit dem Bandagenwickeln der vielen Turnergelenke. Beim Synchronspringen vom Zehnmeterturm sollen in Zukunft nur noch eineiige Zwillinge eingesetzt werden – oder war das beim Kanu-Zweier? Manche Moderatoren gruselte besonders, dass uralte (vierzigjährige!!!) Frauen noch an Olympischen Spielen teilnahmen. Wenn allerdings bei den Männern Methusalem aufs Rad oder aufs Pferd krabbelte, war das anerkennenswert. Dabei weiß jeder, dass die nur durch Blutwäsche und Ersatznieren am Leben gehalten werden. Sind sowieso allesamt gedopt mit Betablockern, genmanipulierten Frischzellen und Wachstumshormonen, die aus Schwimmerhänden Flossen machen, allerdings auch die Ohren auffällig vergrößern. Sogar die olympischen Pferde waren gedopt. Machen die auch einen Urintest?

Erstaunlich viele Gläubige nahmen an den Spielen teil, küssten vorm Weltrekord ihre Halskette, bekreuzigten sich oder brabbelten Liturgien, bevor sie den Hochsprungstab oder den Speer in die Erde bohrten. Hat der liebe Gott nichts Besseres zu tun, als ihnen fünf Zentimeter mehr zu schenken? Gleich nach dem Sieg kam dann allerdings der wahre Glaube zum Vorschein: Medaillen aus schnödem Metall wurden geküsst und gebissen.

Ein Hochgenuss waren die Moderatoren, sah man von ihren sprachlichen Defiziten ab. Aber wer dermaßen aufgekratzt soviel am Stück redet, kann beim besten Willen nicht immer auf Grammatik und Inhalt achten. Das Highlight war der Kommentator beim Dressurreiten, ein begnadeter Lyriker. Mit therapeutisch sanftem Tonfall beschrieb er den vermeintlichen Ritt zur Goldmedaille. Das edle Pferd, das da durch den Sand hoppelte, »streichelte die Zuschauer, und die ganze Welt fühlte sich umarmt«, ja, »das Herz ging einem auf.« Das Pferd tat daraufhin das einzig Richtige: Es bockte und widersetzte sich den albernen Schrittfolgen. Das Gesicht der Zylinder tragenden Reiterin vereiste. Die Pferdepflegerin am Rand weinte bittere Tränen. Überhaupt wurde in Peking und andernorts wieder viel geweint, egal, ob im Fußballtor oder im Ruderboot, versteckt unter Jacken und Decken oder öffentlich und unverhohlen. Eine ganze Nation weinte um die Achillessehne ihres Hürdenläufers. Warum erlebt man soviel Engagement und Anteilnahme eigentlich nie in politischen Fragen?

Tränen und Missgeschicke wiederholte das Fernsehen stündlich. Eine Sportlerin fiel rund dreißigmal in Zeitlupe über die Hürde, unsere kleine Goldhoffnung krachte den ganzen Tag lang vom Reck. Das hatte was von Fernsehsendungen wie »Deutschland sucht den Superstar«. Man konnte als Zuschauer seinen Voyeurismus ungehindert ausleben. Alles echte Emotionen, Urschreie, Juchzer und rührende Danksagungen. Am liebsten wurden die Sportler interviewt, wenn sie erschöpft vom Finale kamen und nur noch japsen konnten. Das war die Chance für Moderatoren, fast ungehindert Unsinn zu erzählen.

Glücklicherweise hat mein Neffe das Synchronschwimmen aufgenommen, und mein Partner übt jetzt mit seiner Männergruppe für London 2012.

Ich würde mir fürs nächste Mal neue Sportarten wünschen wie Armdrücken oder Tauziehen, Table Dance und Rasenmähen, Kamelreiten, Brezelbacken und Sackhüpfen. Außerdem sollte man die Zukunft weisenden Ergebnisse des Dopings auch den Schulen zugute kommen lassen. Tausende erschöpfter Lehrer würden gern mal so richtig aufgeputscht und verjüngt in ihren Unterricht gehen. Dann könnte man auch das Pensionsalter auf 75 heraufsetzen.

Denkmal Kindertransporte

Ende November wird mit einer Skulptur an die Rettung jüdischer Kinder erinnert

von Lisa Schäfer, Initiative Berliner Kinderskulptur

Es wird gerade in Tel Aviv gepackt, das Geschenk für den Berliner Stadtbezirk Mitte. Der Künstler Frank Meisler will der Stadt Berlin im siebzigsten Jahr der Kindertransporte sieben Kinder aus Bronze schenken. Kinder, die an die Rettungsaktion des britischen Parlaments erinnern. Mit den Kindertransporten wurden in nur neun Monaten bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 10 000 vorwiegend jüdische Kinder im Alter von vier Monaten bis sechzehn Jahren vor der drohenden Vernichtung gerettet.

Sie fuhren allein, ohne Eltern und in ein Land, dessen Sprache und dessen Menschen sie nicht kannten. Der Künstler ist eines der Kinder. Er kam mit dem letzten Zug aus Danzig und verließ einen Tag vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Deutschland. Drei Tage später wurden seine Eltern ins Warschauer Ghetto und später nach Auschwitz deportiert. Dass der Abschied von den Eltern am Bahnhof in Danzig ein Abschied für immer war, erfuhr er erst nach Kriegsende. Wie viele der Kinder hatte auch er sechs Jahre vergeblich auf ein Wiedersehen mit den Eltern gehofft.

An die geretteten Kinder erinnert seit September 2006 ein Denkmal in der Londoner Liverpool Street, das Meisler, inzwischen Bildhauer in Tel Aviv, entworfen und gestaltet hat. Manchmal legen Passanten frische Blumen nieder. Hier, an der Bahnstation, wo die Flüchtlingskinder ihre Pflegeeltern trafen. In Wien wird seit März 2008 mit einer Skulptur am Westbahnhof an die Kindertransporte erinnert, finanziert von der Bundesbahn Österreich. In den Londoner Familien ist die Erinnerung an die jüdischen Kinder noch sehr wach, denn in jeder achten Familie gab es ein Flüchtlingskind aus Deutschland, Österreich, Polen oder der Tschechoslowakei. Als 2006 in London Meislers Skulptur aufgestellt wurde, hatte Prinz Charles die Schirmherrschaft übernommen. Ebenso selbstverständlich und unbürokratisch wie 1938 die

die britische Regierung entschied, die Kinder vor der drohenden Vernichtung durch die Nationalsozialisten zu schützen und sie nach Großbritannien zu holen: Am 1. Dezember 1938 fuhr der erste Transport vom Anhalter Bahnhof ab, dessen Gebäude von Bomben zerstört wurde und der heute eine Ruine ist, umgeben mit einer Rasenfläche.

Frank Meislers »Berliner Kinder« werden am Bahnhof Friedrichstraße stehen, mitten in Berlin. Da wo man ihnen Beachtung schenkt, die ihnen Generationen verweigert haben. Wo die vorbeihastenden Passanten ihre Botschaft mitnehmen können. Polizeischüler der Polizeischule Ruhleben werden die sieben Kinder aus Bronze besonders schützen: Zwei der Kinder sind auf dem Weg zu den rettenden Zügen nach England, die zurückbleibenden fünf Geschwister und Freunde gehen in die andere Richtung, zu den Zügen in den Tod.

Die Abgeordneten des Stadtbezirkes Mitte und die Senatskanzlei haben sich nach langen Überlegungen für das Geschenk aus Tel Aviv entschieden. Am 30. November werden die Kinder aus Bronze in der Friedrichstraße zu sehen sein. Die Skulptur wird auch künftig für Diskussionen über die Kindertransporte, über den politischen Auftrag der Erinnerungskultur und Ästhetik sorgen. Denn die Annahme des Geschenks aus Tel Aviv wäre beinahe an ästhetischen Bedenken gescheitert.

Die hochbetagten Zeitzeugen suchen nun den Dialog mit SchülerInnen und Lehrkräften in Deutschland und überall dort, wo man ihnen zuhören möchte. Sie nehmen weite Wege auf sich, kommen von London, Israel oder New York. Das »Theater an der Parkaue« in Berlin-Lichtenberg nimmt anlässlich der Denkmalaufstellung ihr Stück über die Kindertransporte wieder in den Novemberspielplan auf. Der oscarprämierte Dokumentarfilm »Into the arms of strangers – Kindertransport in eine fremde Welt« wird von der Initiative der Berliner Kinderskulptur kostenlos zur Verfügung gestellt.

Weitere Informationen unter www.root-of-kindertransporte.de oder über Berliner Kinderskulpturen, Tel 030 - 60 40 10 21

FOTO: SHAMROCKPHOTO/N. KESTEN

Institut für Gruppendynamik

Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
☎ 313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

SUPERVISIONSGRUPPE
FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: **INA KAUFMANN**
DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSV)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL:
KAUFMANN.INA@WEB.DE

NaturaMed Vitalclinic
Badstraße 31bl
88339 Bad Waldsee
Tel. 0 75 24/990-222
www.naturamed.de
ERSCHÖPFT?
MIGRÄNE? TINNITUS? DEPRESSION?
KRANKHEIT „UNBEKANNT"?
NaturaMed ...weil Ihre Gesundheit uns am Herz liegt.

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Pädagogik allein reicht oft nicht!
Berufsbegleitende Aus-/ Weiterbildung Sozialtherapeutische Musikarbeit für Sonder-/ PädagogInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen ect.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813-50-80

SUPERVISION
Einzeln, Gruppe oder Team
Dipl.-Psych., Psychoanalytikerin,
Supervisorin (DGSv*)
A. Werner, Berlin-Tiergarten
Tel. 030-344 59 44, alwWer@web.de

Vielfalt als Chance... Fortbildungen 2008:
- Interkulturelle Kompetenz:Dialogprozess
- Führungskommunikation
- Diversity als Bildungsressource
- Gesangsworkshop...

Dr. Karin Iqbal Bhatti
Dipl. Sprechwiss./Sprachtherapeutin
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin
Tel. 030 - 23 63 91 75
www.fortbildungen-berlin.com

KLINIK NIKOLASSEE
Innere Medizin · Kardiologie · Psychotherapie · Neurologie
Private Kassen · Beihilfe · Postbeamten-B
- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Alkohol- u. Tablettenmissbrauch
- Depressionen
- Angstzustände
- Panikattacken
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Erschöpfungszustände/ Burn-out-Syndrom
- Schlafstörungen
- Schmerzzustände/ Fibromyalgien

24-Std. Akutaufnahmen! ☎ **030 / 803 09 10**
14129 Berlin · Von-Luck-Str. 3 · www.klinik-nikolassee.de

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für **Essstörungen**
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen,** Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • **www.leisberg-klinik.de** • info@leisberg-klinik.de

Noch bis Anfang November gibt es im Cabuwazi-Zelt in Kreuzberg das Mitmach-Zirkus-Märchen »Wasserreich« zum Klimawandel. Termine siehe Seite 33. FOTO: M. KRÜGER

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Mit einem großen Team von Helfern zeigt das Theater der Migranten im **Theaterforum Kreuzberg** die *»Oppelner Straße«*. Die junge deutsch-polnische Gruppe (die, auf beiden Seiten, vielerlei Nationalitäten mit einschließt) arbeitet vor allem mit Ausdrucksmitteln des Tanz- und Bewegungstheaters, nutzt geschickt wenige Requisiten (Stöcke, Stühle, Flaschen ...), reichert die Aufführung mit Ton-Improvisationen an, fügt Exotik durch Texte des in Opole geborenen Enim Pascha hinzu und (besonders wirkungsvoll!) auf die SpielerInnen biografisch bezogene Soloszenen (als Lied oder Rede) – eine bewegend-anrührende, formal gekonnte, überzeugende Ensemble-Leistung (ab 14).

Schon Christopher Marlows *»Faustus«*, ein elisabethanisches Spektakelstück, war unentschieden zwischen selbstbestimmter Renaissance-Individualität und mittelalterlicher Moralität (und von daher offen für unterschiedlichste Interpretationen). Manfred Karge reduziert das Stück im **Berliner Ensemble** auf drei Schauspieler (zentral Faust und Mephisto, dazu Wagner und einige Nebenfiguren), holt es zugleich an die Gegenwart heran, fügt damit aber eine weitere Unentschiedenheit hinzu: dieser Faustus gehört weder ins 21. Jahrhundert noch zu Marlow. Das ist in der auch räumlichen Reduktion (gespielt wird in der Probebühne) zunächst interessant und ansehnlich, gewinnt aber weder in den politisch-gestalterischen Plänen noch in den privat-individuellen Wünschen des Faustus wirklich Kontur. Trotzdem empfehlenswert für Gruppen, die sich dem Faust-Stoff aus einer ungewöhnlichen Perspektive nähern wollen (ab Sek II).

Auch Heiner Müllers frühes Stück *»Die Lohndrücker«* wird in den **Sophiensälen** weder historisch exakt realisiert, noch mit einer klaren Gegenwartshaltung konfrontiert. Es gibt eine Reihe von (zum Teil erkennbaren) Zusätzen – etwa die Erklärung des Ringofens in einer Art Zwiesprache mit dem Publikum; andere Veränderungen sind weniger gut auszumachen. Vor allem aber wird nicht von Sinn/Inhalt/Aussage her inszeniert, sondern vom theatralen Ereignis, also durch szenisch-performative Mittel der Brechung modernisiert und spannend gemacht dadurch freilich von ei-

ner klaren Aussage oder inhaltlichen Untersuchung entfernt. Trotz der Veränderungen jedoch interessant für DDR-Geschichte und PW (ab 14).

Sasha Waltz beginnt *»noBody«* im großen grauen, zunächst kaum beleuchteten Rund der **Schaubühne**: suchend im Flackern von Neonröhren zunächst einzelne Figuren, ohne Kontakt – dann mehr und mehr Gruppen, dabei jede(r) für sich allein. Thematisiert wird die »Abwesenheit des Körpers« – eigentlich eine unlösbare Aufgabe, no body – Körperlosigkeit darzustellen durch Körper von TänzerInnen mit den Mitteln des Tanztheaters. Die Chiffren des Suchens verdichten sich, leichtfüßige Wechsel von Gruppen zu einzelnen, Aufbau von Körpertürmen, Körperhaufen, mehr und mehr Begegnungen, manchmal leicht humoristisch oder grotesk, aber sehr schnell wieder zurück genommen in hohen Ernst. Dann fließen Stoffmasken herunter, ein riesiger aufblasbarer Kubus setzt einen optischen Akzent und ermöglicht ungewohnte Körperaktionen – eine faszinierend-vielgestaltige Reise in ein geheimnisvolles Körperreich. Nota bene: Es gibt in diesem Winter an unterschiedlichen Orten eine umfassende Sasha-Waltz-Retrospektive (ab Sek II, aber sicherlich auch für jüngere Gruppen von TanzZeit und Tanz in der Schule!). *Hans-Wolfgang Nickel*

THEATER

Konfrontative Pädagogik im Schulalltag
Einführung, praktische Übungen und Supervision zum Umgang mit schwierigen SchülerInnen. Ziel ist es, individuelle Wege zum Umgang mit schwierigen Situationen zu entwickeln und zu üben. Zweiwöchentlich ab Mittwoch, dem 5. November 2008, jeweils 15 bis 18 Uhr im Raum 53 der Moses-Mendelssohn-Schule, Stephanstraße 2, 10559 Berlin-Tiergarten. Kursleitung: Friedrich Kampmann, Körperpsychotherapie-Ausbildung, Ausbildung zum Anti-Aggressivitätstrainer, Aufbau der Gewaltprävention an der Moses-Mendelssohn-Schule in Tiergarten. Die Anmeldung (Kursnummer: 08.2-3041) erfolgt über das Lisum www.fortbildung-regional.de

Theater-Fortbildungen für Lehrkräfte
Bühne als Spielraum: Konflikte szenisch aufarbeiten. Die Fortbildung erprobt zentrale Fertigkeiten der Konfliktbewältigung auf der Ebene des szenisches Spiels. Am 11.,18. und 25. November jeweils von 15 bis 18 Uhr. Info und Anmeldung: bis 21. Oktober 08 bei u.jenni@t-online.de oder strahl@theater-strahl.de. Leitung: Ursula Jenni, Theaterpädagogin (UdK), Mediatorin Ort: Theater Strahl Probebühne, Kyffhäuserstr. 23, Berlin-Schöneberg.

AKTIVITÄTEN

Fahnenaktion: Nein zu Gewalt an Frauen
Terre des Femmes setzt seit 1999 am 25. November, dem Internationalen Tag für die Beseitigung von Gewalt an Frauen, mit einer Fahnenaktion ein sichtbares Zeichen. Terres des Femmes ruft Privatpersonen und öffentliche Einrichtungen auf, an diesem Tag Flagge zu zeigen. Weitere Infos sowie Materialien für die Aktion unter www.frauenrechte.de

Schülerwettbewerb zur Fußball-WM 2010
Zwei Jahre vor der Fußball-WM 2010 in Kapstadt soll ein Wettbewerb den Blick lenken nach Afrika und auf die Millenniums-Entwicklungsziele. In einem Mannschaftswettbewerb sollen sich Jugendliche in einem Projekt mit den Millenniumszielen auseinandersetzen. Beispielsweise kann eine Schulklasse die Frage stellen, welche Möglichkeiten sie sieht, um die Millenniumsziele zu erreichen. Oder sie kann untersuchen, wie die Situation in Südafrika im Jahr 2015 sein könnte. Dabei kann das Projekt in einer der drei Kategorien eingereicht werden: Wort, Bild und Klang. Alle SchülerInnen von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ab der 5. Klasse aufwärts können mitmachen. Dabei soll ein Team mindestens aus fünf SchülerInnen unter der Leitung einer Lehrkraft bestehen. Genaue Teilnahmebedingungen und Informationen unter www.laduma-iq.com. Der Schulwettbewerb ist mitinitiiert von verschiedenen Berliner Schulen: der Nelson-Mandela-International-School, der John-F.-Kennedy-Schule, der Friedrich-Ebert-Schule sowie der Privatinitiative »Schulen für Afrika«. Schirmherrin des Wettbewerbs ist die Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul. Anmeldeschluss ist der 31. Oktober, der 15. Februar 2009 ist Abgabeschluss.

Mädchenberufe auch für Jungen
Jungen können sich eher einen Job in einem frauentypischen Beruf vorstellen, wenn sie die Arbeit kennen. Das ist das Ergebnis einer Befragung von 4.000 Schülern, durch das Projekt »Neue Wege für Jungs« und das Berliner Institut Dissens. Zuvor hatten die befragten Schüler ein Schnuppersozialpraktikum in einem Kindergarten oder einem Altenheim absolviert oder hatten an Jungenworkshops oder Projekttagen teilgenommen. Ziel des Projektes »Neue Wege für Jungs« ist es, das Berufswahlspektrum zu erweitern und die Sozialkompetenz von Jungs zu stärken. Die Ergebnisse der Befragung sind erhältlich unter www.kompetenzz.de/Download-Center/Schriftenreihe

Klimawandel im Mitmach-Zirkus bei Cabuwazi
Noch bis Anfang November gibt es im Cabuwazi-Zelt in Kreuzberg das Mitmach-Zirkus-Märchen »Wasserreich« zum Klimawandel: Wenn die Erde sich weiter erwärmt, steht das Land Taborka bald unter Wasser. Die Taborkianer beschließen zu handeln – und das Publikum kann ihnen helfen. Für Familien ist die Vorstellung jeden Sonntag zu sehen, jeden Mittwoch und Donnerstag für Schulen und Kitas. Vorstellungen für Gehörlose gibt es am 15./16. und 19. Oktober. Weitere Infos unter www.taborka.de

Exploratorium Potsdam: Abenteuerwelt Wissenschaft
Die spannende Welt der Wissenschaft kann man im Exploratorium Potsdam entdecken. Hier gibt es über einhundert interaktive Exponate, mit denen Kinder ab 5 Jahren spielerisch die Natur und ihre Gesetze erkunden und erfahren können. Für Grundschullehrkräfte und ErzieherInnen gibt es spezielle Fortbildungen, in denen naturwissenschaftliche Experimente vorgestellt werden – inklusive didaktisch-pädagogischer Tipps für die Anwendung in Kitas und Schulen. Weitere Informationen unter www.exploratorium-potsdam.de

Schul-Kino-Wochen im November
Vom 13. bis 26. November 2008 finden in Berlin zum fünften Mal Schul-Kino-Wochen statt. Zwei Wochen lang können Schulklassen vormittags ihren Unterricht in den Kinosaal verlegen. Das Filmprogramm wurde von Medienpädagogen zusammengestellt und speziell auf den Einsatz im Unterricht abgestimmt. Für die Vor- und Nachbereitung werden Begleitmaterialien zur Verfügung gestellt. Das Programm ist unter www.jugendkulturservice.de/schulkinowochen erhältlich.

SENIOREN

Veranstaltungen der Senioren
8. Oktober: Besuch im Gründerzeitmuseum Mahlsdorf. Treffpunkt um 10.30 Uhr vor dem Museum.
16. Oktober: Besuch der Treptower Sternwarte. Treffpunkt um 10 Uhr S-Bhf Treptower Park, Ausgang Parkseite.
23. Oktober: Führung durch den orientalischen Teil des Marzahner Gartens. Treffpunkt um 10 Uhr vor dem Haupteingang.

lesen schreiben rechnen

Xnyb növ gu Rezylpr

Sie können diesen Text nicht lesen? Da geht es Ihnen wie vielen Kindern auf der Welt: sie können nicht lesen und schreiben, weil sie arbeiten müssen oder die Schule zu weit weg ist. Sie können nicht unterschreiben, keine Preise vergleichen oder Fahrpläne lesen.

Diesen Mädchen und Jungen hilft terre des hommes. Auch dann, wenn sie kein Geld für Bücher haben oder tagsüber arbeiten müssen. Gemeinsam mit einheimischen Selbsthilfegruppen setzt sich terre des hommes dafür ein, dass Kinder lernen können. Bitte unterstützen Sie diese Projekte.

Informationen senden wir Ihnen gerne kostenlos zu. Schicken oder faxen Sie uns diese Anzeige mit Ihrer Anschrift.

terre des hommes

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not
Ruppenkampstraße 11a
49 084 Osnabrück

Telefon 0541/71 01–0
Telefax 0541/70 72 33
eMail info@tdh.de
Internet www.tdh.de

Spendenkonto
700 800 700
Volksbank Osnabrück eG
BLZ 265 900 25

11661 sec 2003 i

MATERIALIEN

Gegen Antisemitismus – für Aufklärung:
Die Unterrichtssoftware »Gegen Antisemitismus« wurde durch das Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin zusammen mit dem LISUM, dem American Jewish Commitee und dem Cornelsen-Verlag entwickelt und veröffentlicht. Die DVD bietet Texte, Aufgabenstellungen sowie Bild-, Audio- und Videomaterial. Die DVD ist zum Preis von 29,95 Euro über den Cornelsen-Verlag zu beziehen.

Ratgeber: Mobil mit Kind und Rad
Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) hat die Ratgeber-Broschüre »Mobil mit Kind und Rad« mit Tipps und Informationen vom Laufrad über Kindersitze bis zum ersten Fahrrad und zum sinnvollen Fahrtraining erstellt. Der 48-seitige Ratgeber steht zum Download unter www.adfc.de/kinder bereit. Die Broschüre kann auch kostenlos angefordert werden: ADFC, Postfach 107747, 28077 Bremen oder kontakt@adfc.de

DGB-Berufsschultour mit Infobroschüre
Die Broschüre »Deine Rechte in der Ausbildung« informiert über alle aktuellen gesetzlichen Grundlagen: Was gehört in einen Ausbildungsplan? Wie lange dauert die Probezeit? Was verbirgt sich hinter dem Jugendarbeitsschutzgesetz (keine Tätigkeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr früh)? Ergänzt wird der Infoblock durch ein umfangreiches Glossar zu allen Schlagworten rund um die Ausbildung. Neu sind Hinweise zum Entschlüsseln der Zeugnissprache. Die Broschüre wird kostenlos während der Berufsschultour verteilt, die traditionell von September bis November 2008 in Berlin und Brandenburg stattfindet. Interessierte LehrerInnen sind herzlich eingeladen, auch ihr Oberstufenzentrum für die Berufsschultour anzumelden. Im Internet gibt es die Broschüre zum Download: www.dgb-jugend-bb.de

SONSTIGES

Forschungsprojekt zum Sabbatjahr
An der Universität Münster wird am Institut für Erziehungswissenschaft ein Forschungsprojekt zur Nutzung und Wirkung einer längerfristigen Freistellung vom Lehrerberuf im Rahmen eines Sabbatjahres durchgeführt. Gesucht werden Lehrkräfte, die im Sommer 2009 die Freistellungsphase antreten und an dem Projekt teilnehmen wollen. Weitere Informationen bitte beim Projektleiter Martin Rothland anfordern: Martin.Rothland@uni-muenster.de oder Universität Münster, Institut für Erziehungswissenschaft/ Abt. I, Bispinghof 5/6, 48143 Münster.

Konferenz-Englisch: Are you at a loss for word?
Wem bei Konferenzen und Veranstaltungen die Worte fehlen, findet sie vielleicht in der kleinen Broschüre »Konferenz-Englisch« des Beuth-Verlages (ISBN 978-3-410-16794-5). Auf 44 Seiten und für 8 Euro finden sich Stichwörter und Wendungen für englischsprachige Sitzungen: Zum Beispiel »He's like a bull in a china shop« (bei uns der Elefant im Porzellanladen) oder »The meeting is now adjourned« (die Sitzung ist unterbrochen – falls man mal aufs Klo will). Und damit erteilt man jemand das Wort:: »You have the floor«. Ehrlich, wer wäre darauf gekommen?

INTERNET

www.ratgeber-ungesichertejobs.dgb.de ist ein Informationsangebot des DGB für alle, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen stecken. Einfach mal reinschauen.

www.internetbibliothek.de Internetportal von über 90 öffentlichen Bibliotheken, das sich als Alternative zu den kommerziellen Suchmaschinen versteht, Themenzusammenstellungen anbietet und Nutzeranfragen individuell beantwortet. Leider ist die Existenz des Portals gefährdet, da die Anschubfinanzierung durch Bertelsmann ausläuft und öffentliche Gelder nicht in Sicht sind.

www.jugendhilfeportal.de informiert über Fördermöglichkeiten und Wege zur Finanzierung von Projektideen und vieles mehr.

www.europeana.eu führt zu Europas digitaler Bibliothek, die Ende November mit rund zwei Millionen gespeicherten Büchern und Kunstwerken startet. Das Internetportal der Bibliothek bietet aktuell Links zu allen europäischen digitalen Bibliotheken. Zum Beispiel auch zum zentralen Verzeichnis deutschsprachiger digitalisierter Texte www.zvdd.de

www.knigge-rat.de Der Deutsche Knigge-Rat hat 10 Empfehlungen für einen »Schüler-Knigge« zusammengestellt, die man sich herunterladen kann. Eine Empfehlung lautet zum Beispiel. »Grüßt mal wieder eure Lehrer! Und zwar nicht dahingemurmelt und mit dem Rücken zu ihm, sondern deutlich vernehmbar mit Namen und Blickkontakt.«

ANZEIGEN

HARZ JUGENDGÄSTEHAUS
Mit Harz und Seele
direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt, 125 Plätze, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab **71 Euro** für 4 Nächte, inkl. Programm und HP.
Veranstaltungs- und Seminarräume für bis zu 200 Personen.
Tel.: 0 55 22 / 55 95, Fax 0 55 22 / 68 69,
E-Mail: jgh.harz@osterode.de,
Info: www.jugendgaestehaus.osterode.de

Die Klassenfahrtseite
jede Woche neue Angebote
www.schulfahrt.de
Tel. 0 35 04/64 33-0

IHRE ANZEIGE in der blz
Tel: 030-21 99 93 46 · Fax: 030-21 99 93 49

Tel. (030) 30 30 83-0
BUSART-TOURS GmbH
Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de
Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins

35-jährige Beratungskompetenz **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter** Vorartberatung wählbar alles kostenfrei **Neu:** Schuldgpchenrate bei: www.ak-finanz.de

DSB BANK

und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30 000,– € billige 281,05 € mtl., 70 000,– € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., effektiver Zins 5,99%, auch an Angestellte ab 5 Jahre i.ö.D. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%. Policendarlehen, anfänglicher effektiver Jahreszins ab 4,99%.

www.ak-finanz.de AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de Gebührenfrei **Tel. 0800/1000 500**

KLASSE REISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	**ab € 209,-**
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	**ab € 199,-**
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	**ab € 199,-**
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	**ab € 359,-**

Oder Österreich ... Holland

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 · 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter: 030-303083-6

Studiosus CityLights

Erlebnis Metropole:
Der riesengroße Kurzurlaub.

Jetzt den aktuellen Studiosus CityLights-Katalog im Reisebüro abholen und einen von fünf attraktiven Preisen gewinnen:

Jetzt mitmachen und gewinnen!

1. Preis:
Reisegutschein im Wert von 500 €

2.–5. Preis:
Je ein hochwertiger Bildband „The Book of Cities"

Intensiverleben

Weitere Informationen zu Studiosus sowie Teilnahmekarten fürs Gewinnspiel erhalten Sie bei:

Lothar Kögel STUDIENREISEN

Hartmannstr. 30 • 12207 Berlin
Tel: 0 30 - 771 30 10 • Fax: 0 30 - 771 30 133
reisen@koegelreisen.de • www. koegelreisen.de

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit

Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers

Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

Locke-Service-Büro

Reisen und Service in & um Berlin
für Gäste und Gruppen
Madeira Wandern 10 Tage ab 1255 €
Gomera Wandern & Relaxen ab 1359 €
Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!

LockeToursBerlin

Bundesallee 115 12161 Berlin
Tel. (0 30) 8 52 30 30 Fax 8 52 40 71

MODERNE KOMFORT-FERNREISEBUSSE

von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Telefon, Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, geschultes und erfahrenes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20
pkr-bus@bln.de

Urlaub am Meer

2½ Std von Berlin + 3 Min zum Meer
Haus Meerkultur in Warnemünde
www.meerkultur.de 0381 29643631

Paris

Weltstadtflair und Lebensart
4 Tage Busreise ab 135 €

Herforder Straße 75 | 32657 Lemgo | Tel. 05261 2506-25

CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH

REAL-TOURS S.R.L.

Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico / Italia

www.real-tours.de
24 h online buchen
E- Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2009 / 2010

NEU +++ PAKETE FÜR FAHRTEN BEI EIGENER ANREISE, Z.B. PER FLUG +++ NEU

Nach **Barcelona**, nach **Madrid**, nach **Sevilla**, nach **Spanien/Katalonien**, nach **Cesenatico**

Busfahrten nach **Cesenatico** mit Ausflügen ab Euro 218,00 VP

Busfahrten zur **Toskana-Küste**, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**, nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**, nach **Prag**, nach **Paris**, nach **London**, nach **Berlin**, nach **München**

Individuell f. Lehrer u. Begleiter: Oster- und Herbstfahrten nach Cesenatico

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2009 / 2010

Weitere Informationen auch bei:

R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
Telefon 08322 – 800 222, Telefax 08322 – 800 223

HOF LUST

Klassenfahrt und Gruppenfahrten auf dem Reiterhof / Bauernhof

- ☑ Große Spielwiese mit Lagerfeuerplatz
- ☑ Fußball, Basketball und Tischtennis
- ☑ Billard
- ☑ Scheune zum Toben (Heuübernachtung)
- ☑ Reiterhalle, Ausritte
- ☑ Sauna
- ☑ Nachtwanderung
- ☑ Viele andere Tiere
- ☑ Nur eine Klasse zur Zeit, ab 20 bis 34 Schüler
- ☑ Anzeigen der Menschenrechte
- ☑ Preise: Mo. - Fr. 148 € inkl. VP, Reitunterricht, Ausritt
- ☑ Auch als Selbstversorgerhaus möglich.

2008 sind noch Plätze frei: Lehrer/Gruppenleiter können gerne vorab eine DVD anfordern

Hof Lust • 29553 Bienenbüttel • Tel 058 23 73 67 • www.hoflust.de

GEW IM OKTOBER/NOVEMBER 2008

13. OKT.	15.00 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**	Raum 34
	17.00 Uhr	**FG Soz.päd. Aus-, Fort-, Weiterbildung**	Raum 34
14. OKT.	17.00 Uhr	**Arbeitslose in der GEW**	Raum 47
	19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**	Raum 33
16. Okt.	17.30 Uhr	**Junge Alte**	Raum 201
	18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 31
	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 32
	19.00 Uhr	**FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit**	Raum 33
	19.00 Uhr	**Landesausschuss Frauenpolitik**	Raum 34
21. OKT.	18.00 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 33
	19.00 Uhr	**AG Ambulante Hilfen**	Raum 34
03.NOV.	16.00 Uhr	**AG Gesundheitsschutz**	Raum 34
	18.00 Uhr	**Junge GEW**	Raum 34

ZUKUNFT IN DIE SCHULEN HOLEN

Die GEW und die SPI Consult Berlin laden ein zu einer Fachtagung zu Lebensplanung, Arbeitswelt- und Berufsorientierung
Freitag, den 7. November, 15 Uhr
bis Samstag, den 8. November, 13 Uhr
im Abgeordnetenhaus, Niederkirchner Straße, Berlin
In das Tagungsthema führt Prof. Dr. Hurrelmann, Bielefeld ein.
In sechs Arbeitsgruppen wird das Thema vertieft.
Weitere Informationen und Anmeldung unter www.bvbo-berlin.de

BILD DES MONATS

F. WOESSNER

VERANSTALTUNGSHINWEISE

GEW-REFERENDARIATSTAG 2008

Raus aus dem Stress, nachdenken, diskutieren und streiten über das Referendariat, den Schulalltag und die Berufsperspektiven. Erfahrungen austauschen und neue Ideen entwickeln...
Donnerstag, 16. Oktober von 9 bis 16 Uhr im GEW-Haus. Programm, Anmeldung: www.gew-berlin.de

SCHULAUFBAU IN AFGHANISTAN

Eine Lehrerin berichtet über ihre Erfahrungen und berichtet über die Arbeit des »Vereins zur Unterstützung von Schulen in Afghanistan«. Eine Veranstaltung der AG Friedenserziehung und Friedenspolitik der GEW BERLIN.
Mittwoch, 15. Oktober um 19 Uhr im OSZ Verkehr, Dudenstraße 35-37

INFO-VERANSTALTUNG: REFERENDARIAT 2009

Über die aktuelle Einstellungssituation, das Auswahlverfahren und die Bedingungen im Referendariat. Außerdem Tipps zum Geld, zur Krankenversicherung und vieles mehr.
Montag, 10. November um 16 Uhr im GEW-Haus. Das Referendariat im Internet: www.gew-berlin.de/referendariat

DER NEUE TARIFVERTRAG FÜR BERLINER LEHRKRÄFTE

Infoveranstaltung für die angestellten Lehrkräfte
Montag, 8. Dezember um 16 Uhr im GEW-Haus

POLITISCHER STAMMTISCH DER GEW

- Raus aus der Atomenergie? Gorleben, Castor, Asse und kein Ende. **16. Oktober um 19 Uhr** im GEW-Haus
- Die Bahn unter dem Hammer? Film und Diskussion zur geplanten Privatisierung der Bahn.
  Donnerstag, 13. November um 19 Uhr im GEW-Haus

GEW-Haus | Ahornstraße 5 (U-Bhf Nollendorfplatz) | Mo bis Fr 9-12 und 12.30 bis 16 Uhr | Mi bis 17 Uhr, Fr bis 15 Uhr
Tel. 21 99 93-0 | Fax. 21 99 93-50 | info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de
Persönliche Beratung in der Rechtsschutzstelle nur nach Vereinbarung: Tel. 21 99 93-0